



# Studienabschlussarbeiten

Faculty of Social Sciences

UNSPECIFIED

Krieger, Nicolas:

Konfliktintensität von Bürgerkriegen – Die Rolle  
externer Regierungen

**Bachelor, Winter Semester 2023**

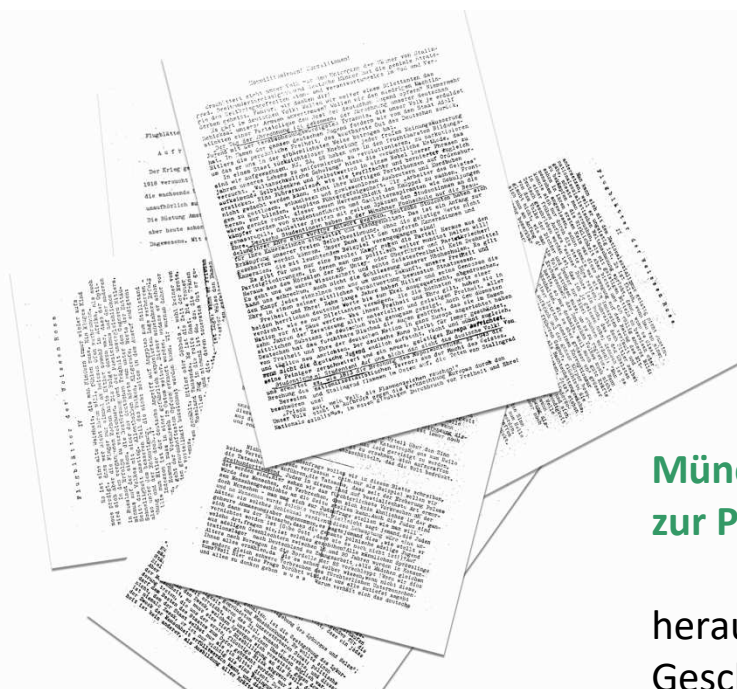
Faculty of Social Sciences

UNSPECIFIED

UNSPECIFIED

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.94889>



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2022**

Nicolas Krieger

**Konfliktintensität von Bürgerkriegen –  
Die Rolle externer Regierungen**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Günther Auth  
2022

„Und ich sah, und siehe, ein fahles Pferd. Und der daraufsaß, des Name hieß Tod, und die Hölle folgte ihm nach. Und ihnen ward Macht gegeben, zu töten das vierte Teil auf der Erde mit dem Schwert und Hunger und mit dem Tod und durch die Tiere auf Erden.“

Offenbarung 6:8

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	3
Tabellenverzeichnis .....	4
1. Zur Konfliktintensität von Bürgerkriegen und der wenig beachteten Rolle externer Regierungen .....	5
2. Theoretischer Hintergrund .....	9
2.1. Forschungsstand zur Konfliktintensität von Bürgerkriegen.....	9
2.2. Theoriespezifikation.....	11
2.2.1. Neorealistische Rahmenbedingungen in Bürgerkriegen.....	12
2.2.2. Verhalten der Akteure .....	14
2.2.3. Die Vetospieler Theorie in Bürgerkriegen .....	15
2.2.4. Verknüpfung von Vetospieler Theorie & neorealistischen Präferenzen der Akteure .....	17
3. Forschungsdesign .....	19
3.1. Methodendiskussion.....	19
3.2. Operationalisierung .....	19
3.2.1. Bürgerkrieg, Konfliktintensität und externe Beteiligung.....	19
3.2.2. Kontrollvariablen .....	21
3.2.3. Fallauswahl & Datenlage .....	24
4. Ergebnisse .....	26
4.1. Deskriptive Datenanalyse.....	26
4.2. Geschätzte Modelle – Gegenüberstellung.....	29
4.3. Einfluss externer Regierungen auf Konfliktintensität .....	31
5. Diskussion .....	35
6. Zusammenfassung & Fazit.....	40
Literaturverzeichnis.....	42

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: <i>Verteilung &amp; Anzahl kampfbedingter Todesfälle gesamt</i> .....	28
--	----

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: <i>Anzahl externer Regierungen in einzelnen Konfliktjahren</i> .....	27
Tabelle 2: <i>Erhobene Variablen – deskriptive Statistiken</i> .....	29
Tabelle 3: <i>Ergebnisse der Analyse – Gegenüberstellung der Modelle</i> .....	30

# 1. Zur Konfliktintensität von Bürgerkriegen und der wenig beachteten Rolle externer Regierungen

Bürgerkriege sind mit großem Abstand die am häufigsten auftretende Form bewaffneter Konflikte seit Ende des Kalten Krieges (Pettersson et al., 2021). Das Uppsala Conflict Data Program (UCDP) identifiziert von 1989 bis 2020 lediglich 39 zwischenstaatliche Konfliktjahre, während über 1700 innerstaatliche beobachtet werden. Diese innerstaatlichen Auseinandersetzungen führten zu insgesamt über 1,4 Millionen kampfbedingten Todesfällen. Für über 44 Prozent der Todesfälle sind internationalisierte innerstaatliche Konflikte verantwortlich, also solche an denen mindestens eine externe Regierung mit militärischen Mitteln beteiligt ist – obwohl diese lediglich 21 Prozent aller Bürgerkriege ausmachen (Pettersson et al., 2021). Ein Umstand, dessen genauere Betrachtung folglich lohnenswert ist. Neben Deutschland, das mit etwas mehr als 2100 eingesetzten Soldaten ein vergleichsweise überschaubares internationales militärisches Engagement verfolgt (Bundeswehr, 2022), setzen zum Beispiel die USA momentan mit knapp 200 000 Soldaten circa einhundertmal so viele Truppen im Ausland ein (DMDC, 2021). Auch auf der supranationalen Ebene der Vereinten Nationen spielen militärische Interventionen eine wichtige Rolle. Als Ergebnis des UN-Weltgipfels 2005 wurde die *Responsibility to Protect* (R2P) in der Resolution 60/1 der Generalversammlung festgeschrieben (UN, 2005). Der dritte Pfeiler dieser R2P besagt, dass die Vereinten Nationen zeitnahe und entschlossene kollektive Reaktion als angemessen erachten,

„should peaceful means be inadequate and national authorities are manifestly failing to protect their populations from genocide, war crimes, ethnic cleansing and crimes against humanity“ (UN, 2005, S. 30).

Wenn friedliche Mittel also unzureichend und die nationalen Regierungen offenkundig nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerung zu schützen, behält es sich die UN vor, militärisch zu intervenieren. Die Frage, ob dieses militärische Engagement externer Akteure gerade in Bürgerkriegen zu höherer Konfliktintensität beiträgt, ist von elementarem gesellschaftspolitischen Interesse. Beruhigen intervenierende Regierungen innerstaatliche Konflikte oder sind sie der Reiter des fahlen Pferdes und bringen nur noch mehr Übel über die betroffenen Staaten? Sollte das Eingreifen mehr Leid verursachen als es verhindert, so müsste ein grundlegendes Umdenken globaler Außen- und Sicherheitspolitik die Folge sein. Geht man kritischer davon aus, dass die Möglichkeit eines Kausalzusammenhangs zwischen militärischen Interventionen und höheren Opferzahlen Entscheidungsträgern bekannt ist, so würde zumindest die Öffentlichkeit über irreführende Vorwände für die Beteiligung an innerstaatlichen Konflikten aufgeklärt werden.

Forschung zum Schweregrad und der Konfliktintensität von Bürgerkriegen beschränkt sich bis dato fast ausschließlich auf die Untersuchung struktureller Faktoren (z.B. Balcells et al., 2014; Lacina, 2006; Lujala, 2009). Die Rolle externer intervenierender Regierungen wurde häufig entweder gar nicht oder nicht mit der angemessenen Tiefe behandelt. Das Ziel der Arbeit ist es deshalb diese Forschungslücke zu schließen, indem sie folgende Frage beantwortet:

*Welche Rolle spielt die militärische Teilnahme externer Regierungen für die Konfliktintensität von Bürgerkriegen?*

Es ist sinnvoll diese Begriffe gleich zu Beginn zu präzisieren, um aufzuzeigen, was die Arbeit leisten kann und was nicht. Zuerst zum Begriff des *Bürgerkriegs*. Als Bürgerkrieg wird jeder innerstaatliche und internationalisierte innerstaatliche Konflikt verstanden, der unter Einsatz von Waffengewalt zwischen den Konfliktparteien, von denen eine die Regierung des betroffenen Staates ist, in einem Kalenderjahr mindestens 25 kampfbedingte Todesfälle zur Folge hatte (Pettersson, 2021). Diese weit verbreitete Definition wird auch vom UCDP genutzt. Mit der *militärischen Teilnahme* ist der tatsächliche Einsatz von Streitkräften gemeint, durch den eine externe Regierung eine Konfliktpartei aktiv unterstützt (Davies et al., 2022). Der Ausdruck *Konfliktintensität* ist schwieriger zu präzisieren. Die Arbeit beschränkt sich darauf, eine hohe Zahl kampfbedingter Todesfälle, also Tote „caused by the warring parties that can be directly related to combat“ (Pettersson, 2022, S. 5) mit hoher Konfliktintensität gleichzusetzen. Dieses Vorgehen ist in der Literatur gängig (z.B. Balcells & Kalyvas, 2014; Lacina, 2006; Lu & Thies, 2011; Lujala, 2009). Eine ausführliche Diskussion über Vor- und Nachteile dieses gewählten Begriffsverständnisses findet sich in Kapitel 4.2.1.

Studien, die Anknüpfungspunkte für die vorliegende Arbeit liefern, wurden unter anderem von Balcells & Kalyvas (2010, 2014), Lacina (2006) und Lujala (2009) durchgeführt. Kapitel 2.1. geht genauer auf diese und weitere Untersuchungen ein. Ihre Befunde sind hilfreich, weil sie die Relevanz verschiedenster Einflussfaktoren auf die Konfliktintensität von Bürgerkriegen verdeutlichen. Darüber hinaus zielt die Arbeit jedoch darauf ab, genauere Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen der Konfliktintensität und der militärischen Teilnahme externer Regierungen aufzuzeigen. Die benannten Analysen betrachten die Rolle externer Regierungen im besten Fall oberflächlich. Um auf ein angemessenes theoretisches Fundament bauen zu können, bedient sich die Arbeit neorealistischer Prinzipien Mearsheimers (2001) und wendet diese auf Bürgerkriege an. So können die Handlungspräferenzen und Verhaltensmaximen der an innerstaatlichen Konflikten beteiligten Akteure identifiziert werden. Die neorealistischen Ausgangsbedingungen und Präferenzen werden anschließend mit dem Vetospieleransatz



(Cunningham, 2006; Tsebelis, 1995, 2011) kombiniert, um die Hypothese der Arbeit herzuleiten. Es wird vor diesem theoretischen Hintergrund davon ausgegangen, dass mehr kampfbedingte Todesfälle auftreten, je mehr externe Regierungen an einem Bürgerkrieg beteiligt sind.

Die Ergebnisse der durchgeführten Analyse zeigen, dass die Anzahl beteiligter externer Regierungen einen starken, statistisch hochsignifikanten Einfluss auf die Konfliktintensität von Bürgerkriegen hat. Keiner der in der Literatur anderweitig diskutierten und in der Analyse kontrollierten Faktoren kann die Konfliktintensität zuverlässiger erklären. Stattdessen haben Regimetyyp, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftliche Spaltung nur minimalen und statistisch nicht signifikanten Einfluss auf die Zahl kampfbedingter Todesfälle. Die Studie geht somit den ersten Schritt, die identifizierte Forschungslücke zu schließen und versteht sich als Ausgangspunkt für umfassendere Analysen zu Auswirkungen der militärischen Teilnahme externer Regierungen auf die Konfliktintensität von Bürgerkriegen.

Als angemessenes methodisches Vorgehen wurde ein Hypothesentest via multivariater OLS-Regressionsanalyse identifiziert, die das methodische Herzstück der Arbeit bildet. Es werden insgesamt fünf verschiedene Modelle geschätzt, die den Einfluss der Anzahl externer intervenierender Regierungen auf die Konfliktintensität von Bürgerkriegen aufzeigen. Dabei werden Regimetyyp, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftliche Spaltung in unterschiedlichen Variationen kontrolliert. Daten zu den Konflikten, also die Zahl kampfbedingter Todesfälle, beteiligter Konfliktparteien etc., werden aus dem *UCDP Battle-Related Deaths Dataset version 22.1* (Davies et al., 2022) gewonnen. Die Kontrollvariablen stammen aus den Datensätzen *Polity5* (Marhsall, 2020), *GDP per capita (constant 2015 US\$)* (World Bank, 2022a), *GDP per capita (current US\$)* (World Bank, 2022b) und *Gini Index* (World Bank, 2022c).

Die Arbeit gliedert sich wie folgt: Der Theorieteil ordnet zunächst die vorhandene Literatur zur Konfliktintensität von Bürgerkriegen, um zu klären, welche Einflussfaktoren bei der Beantwortung der Forschungsfrage neben der Teilnahme externer Regierungen kontrolliert werden müssen. Anschließend zeigt er auf, unter welchen Bedingungen die Parteien in innerstaatlichen Konflikten handeln. Er legt dar, wie sich aus diesen Bedingungen ihr Verhalten erklären lässt und erläutert, wieso deshalb das verlustreichere Fortführen von Kämpfen wahrscheinlicher ist als eine friedliche Beendigung von Bürgerkriegen, je mehr Akteure beteiligt sind. Danach wird ausführlich die gewählte Methode, die Operationalisierung der einzelnen Variablen sowie die Nutzung verschiedener Datensätze und die Fallauswahl erörtert.

Daraufhin werden die Ergebnisse vorgestellt und der Einfluss externer Regierungen auf die Konfliktintensität beleuchtet, um diese einzuordnen und zu diskutieren. Abschließend wird ein Fazit gezogen, das die grundlegenden Elemente und Erkenntnisse der Arbeit zusammenfasst und die Restriktionen der Analyse kritisch reflektiert.

## 2. Theoretischer Hintergrund

### 2.1. Forschungsstand zur Konfliktintensität von Bürgerkriegen

Die Politikwissenschaft setzt sich intensiv mit Ursachen (z.B. Blattman & Miguel, 2010; Collier & Hoeffler, 2004; Hegre, 2014), Dauer (z.B. Cunningham, 2006, 2010) und Schweregrad (z.B. Balcells et al., 2014; Lacina, 2006.) von Bürgerkriegen auseinander. Nachdem der Fokus dieser Arbeit auf Konfliktintensität liegt, wird sich im Folgenden auf Literatur zum Schweregrad innerstaatlicher Konflikte beschränkt. Die bestehende Forschung konzentriert sich hier auf die Untersuchung struktureller Faktoren, die für erhöhte Konfliktintensität in Bürgerkriegen ursächlich sind (vgl. Aliyev, 2020). Dabei werden die Auswirkungen externer Interventionen häufig vernachlässigt oder fallen in andere Forschungsbereiche wie zum Beispiel zur Konfliktdauer (z.B. Cunningham, 2006, 2010). Die Frage nach der konkreten Rolle der militärischen Teilnahme externer Regierungen für die Konfliktintensität von Bürgerkriegen wird in den vorhandenen Analysen in vielen Fällen als unerheblich angesehen, und verschiedene Stufen von Intensität stattdessen durch Verweis auf besagte strukturelle Faktoren erklärt. Breite Rezeption erfuhren hier Arbeiten zum Einfluss des Regimetyps (z.B. Lacina, 2006), natürlicher Ressourcen (z.B. Lujala, 2009), der wirtschaftlichen Stärke des Landes (z.B. Chadoin et al., 2017; Collier & Hoeffler, 2004), der ethnischen Strukturen (z.B. Eck, 2009; Lacina, 2006), der Art der Kriegsführung (z.B. Balcells & Kalyvas, 2010, 2014), aber auch zur gesellschaftlichen Spaltung (z.B. Lu & Thies, 2011). Für eine sinnvolle Untersuchung der Rolle externer Regierungen auf die Konfliktintensität werden diese etablierten Faktoren zuerst diskutiert, um deren Einfluss anschließend in der Analyse kontrollieren zu können.

Der *Regimetyp* ist einer der wenigen statistisch robusten Faktoren, die Lacina (2006) in ihrer Arbeit zur Konfliktintensität identifizieren kann. Demokratische Systeme haben laut ihrer Untersuchung einen signifikanten negativen Einfluss auf den Schweregrad von innerstaatlichen Kriegen. Demokratien zeichnen sich in Konfliktsituationen grundsätzlich durch bessere Responsivität aus, wobei eine friedliche Art der Konfliktbeilegung einem militärischen Vorgehen vorgezogen wird. Kommt es trotzdem zu militärischen Auseinandersetzungen, sind demokratische Regierungen darum bemüht, die Opferzahlen möglichst gering zu halten, um die öffentliche Meinung nicht gegen sich aufzubringen (Lacina, 2006). Eine besonders verlustreiche Art der Kriegsführung würde das Gegenteil bewirken und so die Wiederwahl gefährden. Autokratische Regierungen sind weniger responsiv und können Konflikte zusätzlich rücksichtsloser austragen, weil sie keine Abwahl fürchten müssen. Ebenso gehen Heger &

Salehyan (2007) davon aus, dass Demokratien aufgrund größerer Regierungskoalitionen und Machtbeschränkungen in ihrer Gewaltanwendung zurückhaltender sind.

Auch *natürliche Ressourcen* können sich auf die Schwere von Bürgerkriegen auswirken. So stellt beispielsweise Lujala (2009) fest, dass die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen die Konfliktintensität beeinflusst. Dabei ist aber sowohl der Standort dieser Ressourcen, sowie die Art selbiger entscheidend. Während Edelstein-, Erdöl- und Erdgasabbau sowie Kohlenwasserstoffförderung innerhalb der Konfliktzonen die Schwere von Bürgerkriegen erhöht, steht Drogenanbau mit einer niedrigeren Anzahl an Todesopfern in Verbindung. Hebt man die Ressourcenverfügbarkeit einzelner Konfliktzonen innerhalb der Länder auf die Ebene des gesamten Landes, sind keine Effekte mehr festzustellen. Allgemeine Aussagen über Ressourcen und Konfliktintensität sind also auf der Makroebene nur schwer möglich, was daran liegt, dass das Gewinnen dieser Ressourcen auf unterschiedliche Arten erfolgt, welche wiederum verschiedene Auswirkungen auf die Notwendigkeit intensiver militärischer Operationen haben.

Die *wirtschaftliche Stärke* von Ländern hat nicht nur klare Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges (Colliers & Hoeffler, 2004), sondern auch auf die Schwere dieser Konflikte (Chaudoin et al., 2017). Hintergrund sind Opportunitätskosten und staatliche Kapazitäten. In wirtschaftlich schwachen Staaten sind die relativen Kosten der Rebellion für Individuen geringer, weshalb sie sich häufiger dem Widerstand anschließen. Das erhöht die Zahl der Kombattanten und damit auch die Konfliktintensität. Zusätzlich haben wirtschaftlich schwächere Staaten eine deutlich verringerte Befähigung, Rebellion zu unterdrücken oder militärisch schnell zu beenden (Chaudoin et al., 2017).

Über den Einfluss *ethnischer Strukturen* auf die Konfliktintensität divergieren die Erkenntnisse teilweise. So vermutet unter anderem Eck (2009), dass durch ethnische Fragmentierung Rebellengruppen die Rekrutierung erheblich erleichtert wird, wodurch die Möglichkeit zu militärisch intensiveren Auseinandersetzungen geschaffen wird. Im Gegensatz dazu findet Lacina (2006) einen negativen Einfluss ethnischer Strukturen auf Konfliktintensität und verweist darauf, dass in ethnisch homogenen Gesellschaften keine genaue Identifikation gegnerischer Gruppierungen möglich ist. Dadurch kann es zu „[...] more indiscriminate use of force“ (Lacina, 2006, S. 287) kommen.

Die *Art der Kriegsführung* lässt sich gemäß Balcells & Kalyvas (2014) in drei Formen aufteilen. Erstens konventionelle Kriege „with pitched battles and clear frontlines, when both sides can

deploy heavy weaponry against each other“ (Balcells & Kalyvas, 2014, S. 7). Zweitens irreguläre, also Guerillakriege, die direkte Konfrontation vermeiden. Drittens symmetrische nicht-konventionelle Kriege, in denen sich die Konfliktparteien „at a low level of military sophistication“ (Balcells & Kalyvas, 2014, S. 7) gegenüberstehen. Konventionelle Kriege fallen hier im Vergleich insgesamt am tödlichsten aus, während irreguläre Konflikte die meisten zivilen Opfer fordern, was sich aus den verwendeten militärischen Mitteln begründet.

Auch die vieldiskutierte *Greed and Grievance*-These von Collier & Hoeffler (2004) lässt sich aus der Ursachenforschung zu Bürgerkriegen auf Erklärungen zur Konfliktintensität ausweiten (z.B. Lu & Thies, 2011). Collier & Hoeffler (2004) identifizieren *Greed*, also Gier, als den ausschlaggebenden Faktor. Sie stellen sogar fest, dass eine größere ethnische und religiöse Vielfalt, was als Auslöser von *Grievance*, also Unzufriedenheit, identifiziert wird, das Risiko eines Konfliktausbruchs verringert. Lu & Thies (2011) argumentieren aber im Gegenzug, Unzufriedenheit alleine

„[...] may not be sufficient to spark a civil war, but it is very unlikely that grievance evaporates with the onset of civil conflict“ (Lu & Thies, 2011, S. 219).

Diese Unzufriedenheit kann ihren Ursprung vor allem in nicht-identitätsbasierten *gesellschaftlichen Spaltungen*, wie wirtschaftlicher Ungleichheit, haben (Lu & Thies, 2011). Weil Gewaltbereitschaft und kriminelles Verhalten durch diese Ungleichheit stark begünstigt werden (Harer & Steffensmeier, 1992), gehen Lu & Thies (2011) davon aus, dass die daraus resultierende Unzufriedenheit eine direkte Auswirkung auf die Schwere von Bürgerkriegen hat. Die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung bestätigen diesen vermuteten Zusammenhang – er stellt sich als hochsignifikant heraus.

## **2.2. Theoriespezifikation**

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, unter welchen Bedingungen Bürgerkriegsparteien handeln und wie sich daraus ihr grundlegendes Verhalten erklärt. Danach kann die Hypothese hergeleitet werden, wieso deshalb das verlustreichere Fortführen von Kämpfen wahrscheinlicher als eine friedliche Beilegung des Konflikts ist, je mehr Akteure beteiligt sind. Das Fundament der Arbeit ist rationalistischer Natur. Es wird angenommen, dass die relevanten Akteure rational handeln, „that is acting in a way that is internally consistent and consistent with given goals“ (Bull, 2012, S.101). Im Sinne einer *Thick Rationality* lassen sich diese Ziele theoretisch begründet aus der entsprechenden Literatur herleiten. Dafür wird auf die breit rezipierte Arbeit von John Mearsheimer (2001) zurückgegriffen und die neorealistischen

Annahmen aus dem Internationalen System auf die Ebene von Bürgerkriegen übertragen. Ähnlich geht auch Walter (1997) vor, die allerdings nur die Konfliktbeilegung und nicht Intensität untersucht. Abschließend sei angefügt, dass sich die im nächsten Unterkapitel vorgestellten Schlussfolgerungen grundlegend von Walters (1997) unterscheiden. Sie geht davon aus, dass Drittparteien in Bürgerkriegen als über dem Konflikt stehende Garanten für friedliche Konfliktbeilegung auftreten. In der neorealistischen Konsequenz sollten sie aber viel mehr als Akteure mit eigenem Drang zu Machtmaximierung und individuellen Präferenzen gesehen werden.

### **2.2.1. Neorealistische Rahmenbedingungen in Bürgerkriegen**

Im Folgenden werden die fünf neorealistischen Grundannahmen Mearsheimers (2001) vorgestellt. Es wird aufgezeigt, wie sich diese auf innerstaatliche Konflikte übertragen lassen, um anschließend das Verhalten der beteiligten Akteure zu begründen. Da die Perspektive von zwischenstaatlichen auf innerstaatliche Kriege verschoben wird, ändern sich die relevanten Akteure. Alle Teilnehmer des Bürgerkriegs mit eigenen militärischen Fähigkeiten werden als Akteure angesehen, statt sich auf Großmächte zu beschränken. Die folgende Übertragung verdeutlicht, wieso die Präferenzen und das Verhalten dieser Parteien dem Verhalten von Großmächten im internationalen System gleichen.

Mearsheimer (2001) geht, wie Waltz (1979), erstens davon aus, dass das internationale System *anarchisch* organisiert ist. Das heißt es gibt keine zentralisierte Autorität, die über den einzelnen Akteuren steht. Das kann auch für Bürgerkriege gelten, wie Walter (1997) richtig feststellt.

„[N]o central government exists to insure order, no police or judicial system remains to enforce contracts, and groups have divided into independent armed camps“ (Walter, 1997, S. 338).

Durch den Ausbruch eines innerstaatlichen Krieges wird das hierarchische nationalstaatliche System, in dem Ordnung sichergestellt und Sanktionieren von Akteuren möglich ist (vgl. auch Waltz, 1979), zu einem anarchischen. Es gelten Bedingungen vergleichbar mit denen im internationalen System. Das Fehlen einer übergeordneten Instanz verkürzt Mearsheimers (2001, S. 30) Argument „There is no government over governments“. In Bürgerkriegen gilt: There is no government.<sup>1</sup>

Zweitens besitzen die Akteure im internationalen System „*offensive military capability*, which gives them the wherewithal to hurt and possibly destroy each other“ (Mearsheimer, 2001, S.

---

<sup>1</sup> *Government* wird hier als Inhaber des Gewaltmonopols verstanden.

30). Manche Staaten haben hierbei größere militärische Macht inne als andere und sind dadurch gefährlicher. Begibt man sich wieder auf die innerstaatliche Ebene des Bürgerkriegs, so stellt man fest, dass auch diese Rahmenbedingung gegeben ist. Die gewählte Definition von Bürgerkriegen und Konfliktparteien (vgl. Kapitel 1. sowie 3.2.1) schließt nur Akteure ein, die über bewaffnete Kräfte verfügen. Regierungen, Rebellengruppen und intervenierende Regierungen verfügen also qua Definition über offensive militärische Fähigkeiten. Der Aspekt, dass diese unter Umständen unterschiedlich stark ausgeprägt sind, also eine ungleiche Machtverteilung vorliegt, herrscht im internationalen System ebenso vor wie in Bürgerkriegen und stellt damit keinen logischen Bruch dar.

Über die Absichten der jeweiligen Parteien herrscht drittens im internationalen System *Unsicherheit*. Diese zeichnet sich einerseits durch die Unsicherheit über die Absichten der Akteure und andererseits über die Möglichkeit der schnellen Änderung selbiger aus. Was Absichten betrifft, so kann ein Staat sich nicht sicher sein „[...] that another state will not use its offensive military capability to attack the first state“ (Mearsheimer, 2001, S.31). Für die Änderung dieser Intentionen gilt: „[...] intentions are impossible to divine with 100 percent certainty“ (Mearsheimer, 2001, S. 31). In Bürgerkriegen ist die Unsicherheit über die Absichten der Beteiligten zwar geringer, da bereits ein militärischer Konflikt ausgebrochen ist, allerdings muss auch hier rein logisch gelten, dass keine Gewissheit über mögliche Änderungen selbiger herrschen kann. In Bürgerkriegen wie im internationalen System: „[...] intentions can be benign one day and hostile the next“ (Mearsheimer, 2001, S. 31). Unsicherheit herrscht also zwischen den Nationalstaaten im internationalen System ebenso wie zwischen den Akteuren in einem Bürgerkrieg.

Das primäre Ziel allen Handelns im internationalen System ist viertens das *Überleben* des Staates (Mearsheimer, 2001). Zwar verfolgen die Staaten daneben auch andere Ziele, doch muss das Überleben die Grundvoraussetzung für alle anderen Bestrebungen darstellen. Wird ein Staat eingenommen, so kann er keinerlei weitere Ziele verwirklichen. Im internationalen System versteht sich das Überleben im Sinne von territorialer Integrität und Autonomie der innenpolitischen Ordnung. Durch diesen Umstand ist „security [...] their most important objective“ (Mearsheimer, 2001, S.31). Die Annahme muss ebenso auf innerstaatlicher Ebene für sämtliche Akteure gelten, die in einen Bürgerkrieg involviert sind. Ordnet eine interne Partei dieses Ziel unter, so setzt sie sich der Gefahr aus, vollständig ausgelöscht zu werden. Das macht sämtliche andere politischen Ziele hinfällig. Auch externe Akteure handeln vor diesem Hintergrund. Ihnen droht zwar meist keine Auslöschung, doch würde nach neorealistischem

Verständnis kein Staat intervenieren, wenn nicht die eigene Sicherheit gefährdet wäre beziehungsweise verbessert werden könnte. Entscheiden sie sich zur Intervention, so nur zum besseren Schutz der eigenen territorialen Integrität oder Autonomie der innenpolitischen Ordnung. Überleben ist also auch in Bürgerkriegen das oberste Ziel aller beteiligten Akteure.

Im internationalen System agieren die Akteure fünftens *rational* (Mearsheimer, 2001). Sie sind sich ihres externen Umfelds bewusst und denken strategisch darüber nach, wie sie in diesem Umfeld überleben können. Sie berücksichtigen dabei sowohl die Präferenzen anderer Staaten als auch die lang- und kurzfristigen Auswirkungen ihres Handelns. Wie in der rationalistischen Schule üblich wird davon ausgegangen, dass auch in Bürgerkriegen alle beteiligten Parteien rational handeln (Mason & Fett, 1996; Wagner, 1993). Alle Akteure berechnen Konsequenzen und handeln strategisch.

### **2.2.2. Verhalten der Akteure**

Aus dargelegten neorealistischen Rahmenbedingungen lassen sich nun die Verhaltensmuster der Akteure ableiten. Da aufgezeigt werden konnte, dass diese auch für Bürgerkriege gelten, kann davon ausgegangen werden, dass die Verhaltensmuster der Bürgerkriegsakteure identisch mit denen der Großmächte im internationalen System sind.

Die Akteure fürchten einander und antizipieren Gefahr (Mearsheimer, 2001). Auch wenn das Ausmaß dieser Angst zeitlich und räumlich unterschiedlich ausfällt, kann es nicht auf ein unbedeutendes Maß reduziert werden. Die möglichen Konsequenzen, die sich ergeben, wenn man Opfer einer Aggression wird, verstärken die Bedeutung der Angst zusätzlich. Für interne Akteure ist das schlimmstenfalls die Auslöschung, für externe Akteure mindestens ein Sicherheitsverlust.

Alle Akteure in Bürgerkriegen sind außerdem motiviert, ihr eigenes Überleben selbst zu sichern, ohne sich auf den Schutz anderer Parteien zu verlassen. Diese Motivation begründet sich aus der Eigenwahrnehmung der Akteure. Sie sehen sich als verletzlich und alleine. Auch in Bürgerkriegen gilt deshalb: „God helps those who help themselves“ (Mearsheimer, 2001, S. 33). Diese Betonung der Selbsthilfe schließt zwar Allianzen nicht aus, diese werden allerdings nur als vorübergehende Bündnisse gesehen und können sich jederzeit ändern. In einer Welt der Selbsthilfe handeln die Akteure deshalb fast immer in ihrem eigenen Interesse und ordnen dieses nicht unter. Es zahlt sich in der „self-help world“ (Mearsheimer, 2001, S.33) aus,



egoistisch zu sein. Dies gilt sowohl kurzfristig als auch langfristig, da selbst bei kurzfristiger Niederlage in Bürgerkriegen die Auslöschung drohen kann.

Aus Furcht vor den Absichten anderer Akteure und in dem Wissen, dass sie in einem Selbsthilfesystem agieren, erkennen die Beteiligten, dass sie ihr Überleben am besten durch Machtmaximierung sichern. Je mächtiger ein Akteur im Vergleich zu seinen potenziellen Konkurrenten ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass einer dieser Konkurrenten sein Überleben bedroht. Angestrebt wird hierbei eine relative Machtmaximierung, was bedeutet, dass der Machtzuwachs eines Akteurs mit dem Machtverlust eines anderen Akteurs einhergeht (Mearsheimer, 2001). Deshalb neigen die Beteiligten dazu, anderen Akteuren gegenüber offensiv aufzutreten. Zusätzlich relevant ist der Umstand, dass selbst bei einem deutlichen militärischen Vorteil gegenüber einem Rivalen das Streben nach Machtmaximierung nicht endet, da durch geschickte Strategien auch schwächere Akteure mächtigere Gegner besiegen können (Mearsheimer, 2001).

„This inexorably leads to a world of constant security competition, where states are willing to lie, cheat and use brute force if it helps them gain advantage over their rivals” (Mearsheimer, 2001, S. 35).

In innerstaatlichen Konflikten beschränkt sich diese Aussage jedoch nicht nur auf Staaten, sondern schließt alle militärisch beteiligten Akteure ein.

Wie im internationalen System sind die Akteure auch in Bürgerkriegen vor allem von Angst, Selbsthilfe und der Motivation zur relativen Machtmaximierung geprägt. Diese Verhaltensmuster resultieren aus den neorealistischen Rahmenbedingungen und beinhalten, dass die Akteure stets in ihrem eigenen Interesse handeln und notfalls gewaltsam vorgehen.

### **2.2.3. Die Vetospieler Theorie in Bürgerkriegen**

Die Vetospieler Theorie von Tsebelis (1995, 2011) wurde entwickelt, um Policy Outputs und Outcomes in politischen Systemen zu analysieren und ist Mittelpunkt verschiedener Debatten (z.B. Ganghof, 2003), deren Nachzeichnung allerdings kein Gegenstand dieser Arbeit ist. Stattdessen wird sich lediglich der Terminologie und Logik der Theorie bedient. Das Konzept kann nämlich gut auf die Konfliktbeilegung in Bürgerkriegen übertragen werden und eignet sich außerdem zur Untersuchung der Rolle externer Akteure (Cunningham, 2004, 2010). Wieso das möglich ist, wird bereits deutlich, wenn man Tsebelis' Definition eines Vetospielers betrachtet:

„Veto players are individual or collective actors whose agreement is necessary for a change of the status quo. It follows that a change in the status quo requires a unanimous decision of all veto players.” (Tsebelis, 2011, S. 19)

Um einen aktuellen Zustand, den sogenannten Status-Quo, zu ändern, müssen alle beteiligten Akteure, die diese Änderung theoretisch verhindern könnten, zustimmen. Diese Fähigkeit zur Blockierung einer Entscheidung ist dabei nicht auf ein verfassungsrechtlich festgeschriebenes Veto beschränkt, sondern schließt Akteure ein, die aufgrund ihrer Machtposition über einen Veto-Status verfügen (Tsebelis, 1995). Ganz explizit werden sogar von Tsebelis (1995) selbst militärische Akteure damit in Verbindung gebracht. Bei den Verhandlungen über die Änderung des Status-Quo treten alle zustimmungspflichtigen Parteien mit eigenen Präferenzen auf, die sich mehr oder weniger stark überschneiden (Tsebelis, 2011). Der Bereich in dem sich die verschiedenen Präferenzen der Akteure überschneiden, also die Änderung des Status-Quo möglich ist, nennt sich Win-Set. Für das Win-Set gilt: „Its size decreases or remains the same with the addition of new veto players” (Tsebelis, 2011, S. 24). Es wird also potentiell mit jedem zusätzlich beteiligten Akteur kleiner und eine Einigung dadurch schwieriger. Auch das vollständige Verschwinden des Win-Sets ist möglich.

Übertragen auf die Ebene eines Bürgerkriegs ergibt sich folgendes Bild: Als Status-Quo ist der Bürgerkrieg mit andauernden Kampfhandlungen zu sehen. Die Vetospieler sind alle militärisch am Konflikt beteiligten Akteure, da sie durch ihre militärische Macht zu jeder Zeit die friedliche Konfliktbeilegung verhindern können, indem sie die Kämpfe wieder aufnehmen. Für die Änderung des Status-Quo ist deshalb die Zustimmung aller militärisch beteiligten Akteure nötig. Diese Änderung zielt hierbei auf die politische Beendigung des Konflikts durch einen Friedensvertrag ab und stellt somit das Win-Set dar. Ursprünglich gibt es zwei Veto-Spieler, nämlich die Regierung des betroffenen Staates und die Gruppierung, die selbige bekämpft. Mit jeder militärisch intervenierenden Regierung wird vor diesem theoretischen Hintergrund ein neuer Veto-Spieler in den Verhandlungsprozess hinzugefügt. Dieser Umstand verkleinert das Win-Set potentiell und macht die Änderung des Status-Quo, der andauernden Kampfhandlungen, schwieriger. Cunningham (2006, S. 875) stellt richtig fest: „[...] more parties involved in conflict make civil wars more difficult to resolve through negotiation [...].”

#### **2.2.4. Verknüpfung von Vetospieler Theorie & neorealistischen Präferenzen der Akteure**

Im anarchischen System des Bürgerkriegs, in dem die Beteiligten über offensive militärische Fähigkeiten verfügen, Unsicherheit über die gegenseitigen Absichten und Stabilität selbiger herrscht, ist das primäre Ziel allen Handelns das eigene Überleben der rationalen Akteure. Sie fürchten sich deshalb gegenseitig und antizipieren Gefahr. In dieser „self-help world“ (Mearsheimer, 2001, S.33) sind alle Beteiligten zur relativen Machtmaximierung motiviert.

Aus diesen neorealistischen Rahmenbedingungen und Verhaltensmustern resultiert eine andere Schlussfolgerung zur Konfliktbeilegung durch einen Friedensvertrag als Cunningham (2010) sie trifft. Während dieser davon ausgeht, dass nicht jeder intervenierende Staat mit eigenen Präferenzen im Konflikt auftritt, nimmt diese Arbeit an, dass jeder beteiligte Akteur zu jeder Zeit die eigenen Sicherheitsinteressen über die der anderen Teilnehmer stellt. Das geschieht unabhängig davon, ob es sich um eine unterstützte oder gegnerische Konfliktpartei handelt, da immer Unsicherheit über die Stabilität der gegenseitigen Absichten herrscht. Kein intervenierender Staat wird die Ziele einer anderen Konfliktpartei über die eigenen geopolitischen oder strategischen Interessen stellen. Durch den relativen Charakter der Machtmaximierung ist es zudem fast unmöglich, dass Akteure mit deckungsgleichen Interessen auftreten. Schließlich ist ein relativer Machtgewinn der einen Seite immer mit einem relativen Machtverlust der anderen Seite verbunden.

Nun kann ein Bürgerkrieg nur auf zwei Arten enden. Entweder durch das friedliche Beilegen des Konflikts oder durch den militärischen Sieg über die gegnerischen Gruppierungen. Da es sich bei den Beteiligten um rationale Akteure handelt, ist allen bewusst, dass mit jedem zusätzlichen Teilnehmer am Konflikt eine friedliche Beilegung durch einen Friedensvertrag unwahrscheinlicher wird. Es ist „a smaller bargaining range of acceptable agreements when there are multiple actors with distinct preferences“ (Cunningham, 2006, S. 875) verfügbar, was die Akteure bei ihrer Entscheidungsfindung entsprechend beeinflusst. Je geringer die Chance zur friedlichen Konfliktbeilegung, desto höher sollte bei den rationalen Akteuren die Motivation zum militärischen Sieg über den Gegner ausfallen, da dadurch die stärkste relative Machtmaximierung möglich ist. So kann das oberste Ziel des eigenen Überlebens in der von Unsicherheit geprägten „self-help world“ (Mearsheimer, 2001, S.33) gesichert werden. Ein militärischer Sieg ist deshalb möglichst schnell herbeizuführen (Balch-Lindsay et al., 2008), was durch Intensivierung der Kämpfe erreichbar ist.

Zusammengefasst: Je mehr externe Akteure, desto unwahrscheinlicher die friedliche Konfliktbeilegung, desto höher die Motivation zum militärischen Sieg, desto intensiver die Kampfhandlungen. Der Anfang und das Ende dieser Kausalkette begründen die folgende Hypothese:

**H1:** *Je mehr externe Regierungen in einen Bürgerkrieg eintreten, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf.*

## **3. Forschungsdesign**

### **3.1. Methodendiskussion**

Da sich das Forschungsinteresse aus der Notwendigkeit des Schließens einer Forschungslücke begründet, ist es notwendig, alternative, bereits etablierte Erklärungen bei der Untersuchung kontrollieren zu können. Zum Testen der Hypothese wird deshalb eine Methode angewandt, die es ermöglicht, den Einfluss anderer Faktoren zu berücksichtigen – die multivariate lineare Regressionsanalyse. Dieses Design erlaubt die mathematische Kontrolle von Drittvariablen. Nachdem sich der Anspruch der Untersuchung ferner auf allgemeine Aussagen zur Rolle externer Regierungen in Bürgerkriegen bezieht, ist zusätzlich die Eigenschaft der Verallgemeinerbarkeit von hoher Relevanz. Auch hier ist die Regressionsanalyse bestens geeignet, da sie statistisch begründete Inferenzschlüsse ermöglicht. Im vorliegenden X-zentrierten Forschungsdesign verbietet sich ein Experimentaldesign aus offensichtlichen Gründen. Diese methodische Entscheidung gegen eine qualitative Untersuchung von Bürgerkriegen bedingt, dass einzelne Konflikte teilweise nicht mit einer vielleicht angemessenen Tiefe betrachtet werden können. Für spezifische Aussagen über einzelne Kriege sind daher sicherlich Single-Case-Studies oder Fallvergleiche besser geeignet. Ein Forschungsprojekt mit größeren Ressourcen sollte auf ein Mixed-Method Design, bestehend aus qualitativer und quantitativer Datenerhebung und -auswertung, zum Beispiel durch Integration von aus Experteninterviews und Case-Studies gewonnenen Daten in die statistische Analyse, zurückgreifen (Balcells & Kalyvas, 2014).

Vor dem vorgestellten theoretischen Hintergrund kann erwartet werden, dass die zu untersuchenden Zusammenhänge zwischen Konfliktintensität und der Beteiligung externer Regierungen linear ausfallen. Die einzelnen Bestandteile müssen für die OLS-Regression so operationalisiert werden, dass auf Daten mit metrischem oder quasi-metrischen Niveau zurückgegriffen werden kann. Welche Daten für welche erwarteten Zusammenhänge betrachtet werden, wird im Folgenden thematisiert.

### **3.2. Operationalisierung**

#### **3.2.1. Bürgerkrieg, Konfliktintensität und externe Beteiligung**

Zuerst muss festgehalten werden, welche Konflikte überhaupt als Bürgerkrieg verstanden werden. Durch die oftmals unübersichtliche Informationslage über Kriege im Allgemeinen und Bürgerkriege im Speziellen, wird sich stark an den Operationalisierungen vorhandener

Datenbanken orientiert. Auch wenn eine stellenweise andere Operationalisierung theoretisch sinnvoll scheint, so muss stets forschungspraktisch beachtet werden, dass dann vorhandene und bereits kategorisierte Daten möglicherweise nicht mehr verwendet werden können. Als Bürgerkrieg wird jeder Konflikt gesehen, der die vom UCDP postulierten Bedingungen erfüllt. Ein Bürgerkrieg wird definiert als

„an armed conflict as a contested incompatibility that concerns government and/or territory over which the use of armed force between two parties, of which at least one is the government of a state, has resulted in at least 25 battle-related deaths in one calendar year.“ (Pettersson, 2022, S. 5).

Um extrasystemische sowie zwischenstaatliche Konflikte auszuschließen, wird sich auf innerstaatliche und internationalisierte innerstaatliche Auseinandersetzungen beschränkt. Zusätzlich muss verhindert werden, dass durch die Betrachtung der gesamten Konflikte – und damit der aggregierten, teils sehr unterschiedlichen einzelnen Konfliktjahre mit variierender Anzahl externer Akteure – kein genauer Rückschluss auf die unmittelbare Auswirkung der Intervention von externen Regierungen auf die Konfliktintensität möglich wäre. Deshalb werden einzelne *Konfliktjahre* statt gesamter Konflikte betrachtet.

Aus der Forschungsfrage geht die Konfliktintensität als abhängige Variable hervor. Diese messbar zu machen ist eine Operation, die immer mit gewissen Kompromissen einhergeht. So könnte man beispielsweise die Zahl kampfbedingter Todesfälle unter Militärangehörigen (Sarkees & Schafer, 2000, S. 128) oder allgemein die Zahl getöteter Kombattanten betrachten. Dieser bloße Vergleich von Gefechtsverlusten ist sicherlich ergiebig, wenn es um die Effektivität regulärer Streitkräfte und die Bewertung selbiger geht (Lacina & Gleditsch, 2005). Allerdings würden getötete Zivilisten, die häufig einen erheblichen Anteil der Toten in Bürgerkriegen ausmachen, vernachlässigt. Ebenso ist es nicht sinnvoll alle Kriegstoten zu erfassen, also auch solche, die einseitiger oder krimineller, unorganisierter Gewalt zum Opfer gefallen oder in Folge von gewaltunabhängigen Kriegsumständen wie Seuchen zu Tode gekommen sind, da es sehr schwer zu beurteilen ist, ob gewaltunabhängige Todesfälle auch in Friedenszeiten aufgetreten wären. Eine Operationalisierung, die dem Forschungsinteresse gerecht wird, ist die durch Pettersson (2022) vorgenommene. Es wird sich auf kampfbedingte Todesfälle beschränkt, „caused by the warring parties that can be directly related to combat“ (Pettersson, 2022, S. 5). Dies schließt sowohl Kombattanten als auch Zivilisten ein. Wenn es um die Untersuchung der humanitären Kosten in Bürgerkriegen gehen würde, wäre diese Operationalisierung nicht ideal. Durch diese Operationalisierung wird die Intensität des Bürgerkrieges als militärische Konfliktintensität verstanden, was vor dem dargestellten Hintergrund angemessen scheint (Lacina & Gleditsch, 2005). Diese Variable folgt bei der

gewählten Operationalisierung keiner linearen Verteilungsfunktion, sondern einer Exponentialfunktion. Um trotzdem eine OLS-Regression durchführen zu können, muss die Variable deshalb logarithmiert werden. Konfliktintensität wird in der statistischen Auswertung also als Logarithmus der kampfbedingten Todesfälle verstanden.

Der Fokus der Arbeit soll auf am Konflikt beteiligten externen Regierungen liegen – deren Anzahl ist somit als wichtigste unabhängige Variable zu verstehen. Am Konflikt beteiligt heißt in diesem Fall, dass die entsprechende Regierung mit eigenen Truppen am Konflikt teilnimmt. Dies ist auch insofern sinnvoll, als dass die Regierung im Sinne der Vetospieler Theorie dann tatsächlich als eindeutiger Vetospieler identifiziert werden kann. Zwar könnten auch indirekt – etwa durch finanzielle Mittel, Ausbildung von Rebellen / Soldaten außerhalb der Konfliktzone, materielle Unterstützung etc. – am Konflikt beteiligte Regierungen berücksichtigt werden, allerdings ist dieses Vorgehen aus zwei Gründen nicht zielführend. Erstens zielt die Forschungsfrage auf die tatsächliche militärische Teilnahme an einem Konflikt ab und zweitens muss aus Ressourcengründen auf diese sehr aufwendige Datenerhebung mithilfe von Case Studies und Experteninterviews verzichtet werden. Welche Regierung welche Bürgerkriegsparteien auf solche Weise unterstützt, kann im Rahmen dieser Arbeit kaum vollständig nachvollzogen werden. Der Einsatz von eigenen Truppen ist hingegen ein klares Zeichen für die Involvierung in einen Konflikt, weshalb sich auf diesen Faktor beschränkt werden soll. Weil diese Variable anfällig für Ausreißer sein kann, soll neben der bloßen Anzahl externer beteiligter Regierungen auch eine logarithmierte Version der Variable mit aufgenommen werden. Da die Variable bei keiner externen Beteiligung den Wert 0 annimmt, es aber mathematisch nicht möglich ist  $\text{Log}(0)$  zu bestimmen, wird die Anzahl beteiligter Regierungen + 1 logarithmiert. Alle Fälle ohne externe Beteiligung nehmen somit wieder den Wert 0 an. Dieses Vorgehen ist als „The Popular Fix“ bekannt (Bellégo et al., 2022, S.7) und stellt trotz einzelner Einschränkungen (Bellégo et al., 2022) im Rahmen dieser Analyse eine angemessene Lösung des  $\text{Log}(0)$ -Problems dar.

### **3.2.2. Kontrollvariablen**

Als Kontrollvariablen sollen nur diejenigen Faktoren berücksichtigt werden, über deren Einfluss auf die Konfliktintensität weitestgehend Konsens herrscht – Regimetyyp, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftliche Spaltung – und bei denen die Datenlage eine sinnvolle Integration in das Modell zulässt.

Um den Einfluss des Regimetyps kontrollieren zu können, muss messbar gemacht werden, ob ein demokratisches System vorliegt oder nicht. Hier ist das Einführen einer Dummy Variable mit den Ausprägungen demokratisch und nicht-demokratisch sinnvoll. In Anlehnung an Lacina (2006) und Lujala (2009) wird dafür ein Index zur Demokratiemessung herangezogen, um Demokratien mit einem klaren Cut-off Kriterium zu identifizieren. Hierfür wird der Wert der Variable Polity2 aus dem Polity5-Projekt (Marhsall, 2020) betrachtet. Dieser kann zwischen minimal -10 und maximal +10 liegen, wobei ersteres für ein vollständiges autokratisches und zweiteres für ein vollständig demokratisches Regime steht. Von -10 bis 5 wird das Land als autokratisch, von 6 bis 10 als demokratisch kodiert, wodurch eine eindeutige Unterscheidung und der Vergleich zwischen Demokratie und Autokratie möglich wird (Marhsall, 2020). Dieses Vorgehen führt dazu, dass sehr autoritäre mit weniger autoritären (und trotzdem nicht-demokratischen) Staaten gleichgesetzt werden, weshalb zusätzlich zur differenzierteren Betrachtung der genaue Polity-Score des Indexes aufgenommen wird.<sup>2</sup> Der Erhebungszeitpunkt wird auf das Vorjahr des erfassten Konfliktjahres gelegt. Es ist möglich, dass sich ein Land zu diesem Zeitpunkt in einer Interruptions-, Interregnums- oder Transitions-Periode befindet. Diese sind als Phasen zu verstehen, in denen der betroffene Staat *a) im Krieg von externen Staaten besetzt*, *b) keine zentrale politische Autorität mehr innehat* oder sich *c) in einer Übergangsphase befindet, in der neue Institutionen geplant und rechtlich verankert werden* (Gurr & Marshall, 2018). All das verhindert die klare Zuordnung als autokratisch oder demokratisch, weshalb aus forschungspraktischer Sicht das nächstgelegene vorhergegangene Jahr gewählt wird, in dem eine Einstufung stattgefunden hat. Für welche Staaten und Konfliktjahre dieses Vorgehen gewählt werden musste, wird unter 4.3 dargelegt.

Die wirtschaftliche Stärke der jeweiligen Länder kann, wie allgemein üblich, mithilfe GDP pro Kopf gemessen werden. Das GDP pro Kopf ist dem allgemeinen GDP vorzuziehen, da so die Größe der Bevölkerung berücksichtigt werden kann. Nachdem das GDP pro Kopf nicht normalverteilt ist, wird es für die Berechnungen logarithmiert. Als Erhebungszeitpunkt wird das Vorjahr zu dem die kampfbedingten Todesfälle im Datensatz aufgetreten sind betrachtet. So wird maximale Vergleichbarkeit bei der Untersuchung der sozioökonomischen Situation der einzelnen Länder gewährleistet. Würde der Messzeitpunkt auf ein Jahr vor Konfliktbeginn datiert werden (Lacina, 2006) verliert bei langanhaltenden, aber wirtschaftlich mit geringen Auswirkungen behafteten Konflikten das GDP pro Kopf stark an Aussagekraft. Untersucht man

---

<sup>2</sup> Dieser Wert wird von der – 10 bis 10 Skala auf eine 0 bis 20 Skala umcodiert, um die Interpretation der statistischen Analyse zu vereinfachen.



beispielsweise das Jahr 2008 in Kolumbien, so identifizieren Davies et al. (2022) 1989 als den Zeitpunkt des Konfliktbeginns. Wird im selben Datensatz das Konfliktjahr 1992 im Tschad betrachtet, so würde das GDP pro Kopf von 1989 herangezogen werden. Dadurch würde dem 19 Jahre alten pro Kopf GDP derselbe Einfluss auf die Konfliktintensität zugeschrieben, wie einem drei Jahre alten. Bessere Vergleichbarkeit lässt sich durch das GDP pro Kopf im Vorjahr des erfassten Konfliktjahres erzielen – bei der Größe des Datensatzes sollten sich einzelne Ausreißer im Mittel ausgleichen. Zusätzlich muss Kaufkraft- und Inflationsbereinigung berücksichtigt werden, weshalb das GDP pro Kopf im US-Dollar-Kurs von 2015 geprüft wird (Lacina, 2006).

Wie in Kapitel 2. vorgestellt, hat auch die gesellschaftliche Spaltung im Sinne wirtschaftlicher Ungleichheit in von innerstaatlichen Kriegen betroffenen Ländern eine Auswirkung auf den Schweregrad von Bürgerkriegen. Bei der Operationalisierung wird sich an vorhandener und breit rezipierter Literatur orientiert (Besançon, 2005; Lu & Thies, 2011), sodass diese Variable mithilfe des Gini Index abgebildet werden soll.

„[The] Gini index measures the extent to which the distribution of income (or, in some cases, consumption expenditure) among individuals or households within an economy deviates from a perfectly equal distribution. [...] Thus a Gini index of 0 represents perfect equality, while an index of 100 implies perfect inequality.” (World Bank, 2022c)

Die Variable folgt einer linearen Verteilung, weshalb keine weiteren Rechenoperationen nötig sind. Als Erhebungszeitpunkt wird auch hier das Vorjahr zu dem die kampfbedingten Todesfälle im Datensatz aufgetreten sind gewählt. Aus der Literatur geht hervor, dass die Datenlage teilweise nicht zufriedenstellend ist, weshalb in den betroffenen Fällen der nächste verfügbare Wert gewählt werden soll – dieser darf maximal fünf Jahre vom Konfliktjahr entfernt liegen, ansonsten wird die Variable als *Missing* codiert.

Wieso auf einige Faktoren aus Kapitel 2. nicht eingegangen wird, wird abschließend an dieser Stelle kurz beleuchtet.

Der Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und der Konfliktintensität ist auf der Makro-Ebene der Analyse nicht relevant, sondern müsste durch eine sehr viel detaillierte Betrachtung auf Ebene der einzelnen Regionen und verschiedenen Ressourcen in den betroffenen Ländern zu den jeweiligen Zeitpunkten untersucht werden. Dabei müsste einerseits zwischen Edelsteinabbau, Drogenanbau und Öl- beziehungsweise Gasförderung unterschieden werden und andererseits die genauen Regionen in denen sich bewaffnete Auseinandersetzungen zugetragen haben, mit der An-/Abbau-Region dieser Ressourcen abgeglichen werden. Wie

entscheidend die exakte Region der jeweiligen Ressourcen ist, zeigt die Öl- und Gasförderung. Findet diese innerhalb des Konfliktgebiets statt, treten schwerere Konflikte auf, während der Standort außerhalb des Konfliktgebiets mit weniger Todesopfern und weniger intensiven Konflikten verbunden sind. Auf Länderebene wirkt es dann jedoch so, als würde die Förderung dieser Rohstoffe nicht mit der Schwere der Konflikte zusammenzuhängen (Lujala, 2009). Da der Hauptfokus der Arbeit nicht auf diesem Aspekt liegt, wird diese Kontrollvariable nicht mit einbezogen. Im Rahmen einer umfassenderen Analyse sollte die Kontrolle dieses Zusammenhangs berücksichtigt werden.

Die Art der Kriegsführung, also ob ein Konflikt konventionell, irregulär oder symmetrisch nicht-konventionell ausgetragen wird (Balcells & Kalyvas, 2010, 2014), ist ein Einflussfaktor, der in zukünftigen Untersuchungen als Kontrollvariable mit aufgenommen werden sollte. Zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit ist der aktualisierte *Technology of Rebellion* Datensatz (Balcells & Kalyvas, 2010, 2014) allerdings noch nicht verfügbar. Die vorhandenen Daten (Balcells & Kalyvas, 2010) decken 147 Bürgerkriege von 1944 bis einschließlich 2004 ab, von denen lediglich ein kleiner Teil für den Datensatz dieser Arbeit relevant wäre. Eine Berücksichtigung hätte viele *Missings* zur Folge, was die Anzahl der in der OLS-Regressionsanalyse berücksichtigten Fälle stark verringern und Inferenzschlüsse erschweren würde. Diese Kontrollvariable kann also, trotz der theoretischen und empirischen Relevanz, nicht in die Analyse aufgenommen werden.

### **3.2.3. Fallauswahl & Datenlage**

Das *UCDP Battle-Related Deaths Dataset version 22.1* (Davies et al., 2022) erfasst sowohl die Anzahl der kampfbedingten Todesfälle, als auch die Menge externer, am Konflikt beteiligter, Akteure. Aus Ressourcengründen wurden 120 der 1740 Konfliktjahre von 1989 bis 2021 ausgewählt. Die Auswahl der einzelnen Konfliktjahre erfolgt vollständig randomisiert, um die statistische Gültigkeit der Inferenzschlüsse nicht zu behindern und Fehlschlüssen einer bewussten Fallauswahl vorzubeugen. Einzig die als zwischenstaatlich erfassten Konfliktjahre wurden bereits vor der randomisierten Auswahl ausgeschlossen, da diese nicht in den Bereich des Forschungsinteresses fallen. Wie in Kapitel 4.3.1 aufgeführt, ist die Unterscheidung zwischen der Art der Todesfälle wichtig, wenn es darum geht die militärische Konfliktintensität zu betrachten. Deswegen wird dieser Datensatz beispielsweise dem *COW Project* vorgezogen, das hier nicht trennscharf arbeitet (Lacina et al., 2006).

Die Einstufung des Regimetyps erfolgt über die Betrachtung des von 1988 bis 2018 durchgehend verfügbaren Datensatz *Polity5* (Marhsall, 2020). Die Staaten Afghanistan, Haiti, Elfenbeinküste und Libanon befanden sich zum Erhebungszeitpunkt in einer Interruptions-Interregnums- oder Transitions-Periode, sodass ein vorhergegangener Wert gewählt wurde. Die Konfliktjahre in Afghanistan (2008) und im Libanon (1989, 1990) wurden ausgeschlossen. In den restlichen Fällen waren ein bis drei Jahre zuvor erfasste Werte verfügbar. Die Gültigkeit der Ergebnisse sollte also nicht negativ beeinflusst werden. Für Konflikte in den Jahren 2020 und 2021 wurden die Polity Werte von 2018 genutzt (Äthiopien im Jahr 2020, Sudan im Jahr 2021 und Zentralafrikanische Republik im Jahr 2020).

Informationen zum inflations- und kaufkraftbereinigten GDP pro Kopf wurden mithilfe des Datensatzes *GDP per capita (constant 2015 US\$)* der Weltbank (World Bank, 2022a) erhoben und waren in allen Fällen für das Vorjahr des ausgewählten Konfliktjahres verfügbar, beziehungsweise im *GDP per capita (current US\$)* (World Bank, 2022b) Datensatz vorhanden und wurden händisch auf den US-Dollarkurs von 2015 umgerechnet.

Der Gini Index zur Messung der wirtschaftlichen Ungleichheit als Indikator zur Spaltung der einzelnen Staaten wurde ebenfalls mit Daten der Weltbank erhoben. Dieser war im Datensatz *Gini Index* (World Bank, 2022c), wie bereits in anderen Forschungsprojekten angemerkt (z.B. Lu & Thies, 2011), nicht für alle Länder zu allen Zeitpunkten verfügbar. Deshalb wurde aus forschungspraktischen Gründen der Erhebungszeitraum auf fünf Jahre vor Beginn des Konfliktjahres ausgeweitet. Sind in diesem Zeitraum immer noch keine Werte vorhanden, so wurde die Variable als *Missing* codiert.

Wie bereits angesprochen, war der aktualisierte Datensatz *Technology of Rebellion* zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit nicht verfügbar, weshalb diese Datenpunkte nicht mit in die Betrachtung aufgenommen wurden.

Der endgültige Datensatz besteht also aus einer Zusammenführung von *UCDP Battle-Related Deaths Dataset version 22.1* (Davies et al., 2022), *Polity5* (Marhsall, 2020), *GDP per capita (constant 2015 US\$)* (World Bank, 2022a), *GDP per capita (current US\$)* (World Bank, 2022b) und *Gini Index* (World Bank, 2022c).

## 4. Ergebnisse

### 4.1. Deskriptive Datenanalyse

Wie in Kapitel 4.3. bereits dargestellt, beträgt die Stichprobengröße 120 Konfliktjahre ( $N = 120$ ). Die ausgewählten Konfliktjahre decken den Zeitraum von 1989 bis 2021 ab. Die drei ältesten Konflikte der Untersuchung sind die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung von Laos und der LRM (*Lao Resistance Movement*), der Regierung des Libanon gegen die *Forces of Michel Aoun*, der Regierung von Somalia und der SNM (*Somali National Movement*) sowie der Regierung des Vereinigten Königreichs und der PIRA (*Provisional Irish Republican Army*) im Jahr 1989. Als aktuellste Konflikte wurden die Bürgerkriege zwischen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und der CMC (*Coalition des mouvements pour le changement*), der Regierung des Niger und der JNIM (*Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin*) sowie der Regierung des Sudan und der SLM (*Sudan Liberation Movement*), im Jahr 2021 in den Datensatz aufgenommen. Insgesamt werden Auseinandersetzungen von 43 verschiedenen Regierungen mit diversen Konfliktparteien betrachtet, wobei Indien mit neun einzelnen Konfliktjahren sowie sieben verschiedenen Rebellengruppierungen am stärksten repräsentiert ist.

In der Stichprobe unterstützen in 38 der 120 beziehungsweise in 31,7% der Fälle externe Regierungen eine Konfliktpartei, was nahe an den 26,3% externer Beteiligung in der Grundgesamtheit (Davies et al., 2022) liegt. Der Mittelwert beteiligter Regierungen liegt bei diesen 38 Fällen bei 8,7, während der Median bei 2 liegt – eine klar linksschiefe Verteilung, die sich durch die Ausreißer Afghanistan (2006, 2008) mit 38 und 37 beteiligten Regierungen, Mali (2015, 2017) mit 54 und 53 beteiligten Regierungen und die Zentralafrikanische Republik (2014, 2020) mit 40 und 39 beteiligten Regierungen erklärt. Die zugehörigen Daten sind in Tabelle 1 dargestellt. In 37 Fällen wird nur jeweils eine Konfliktpartei, nämlich die Regierung, extern unterstützt. Das Konfliktjahr 2013 in der Demokratischen Republik Kongo stellt die einzige Ausnahme zur externen militärischen Unterstützung nur einer Konfliktpartei dar. Hier wird die kongolesische Regierung von Malawi, Südafrika und Tansania unterstützt, während an der Seite der Rebellengruppierung M23 (*Mouvement du 23-Mars*) gleichzeitig die Regierung von Ruanda steht.

**Tabelle 1***Anzahl externer Regierungen in einzelnen Konfliktjahren*

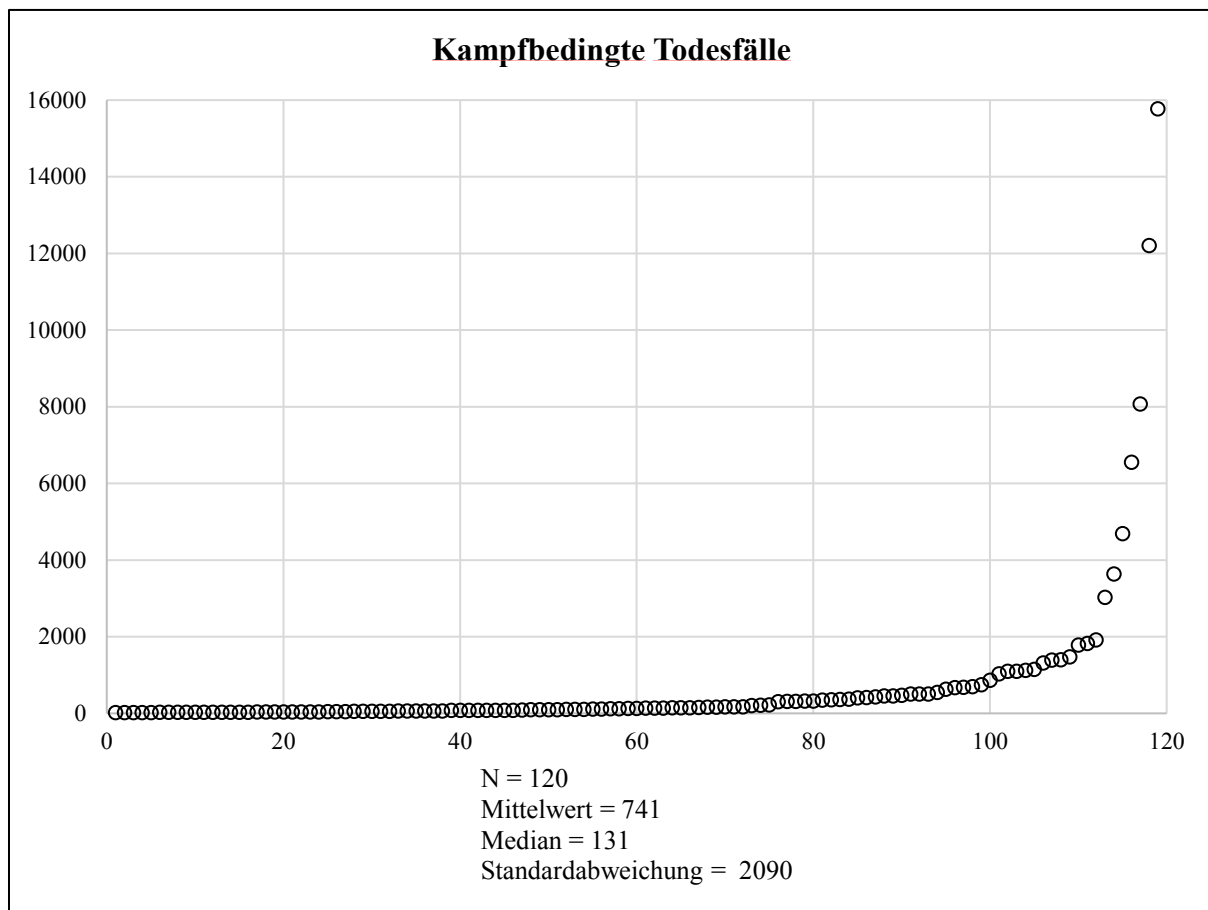
<b>Regierung &amp; Konfliktjahr</b>	<b>Anzahl externer Regierungen</b>
Angola, 2002	1
Burundi, 2020	1
DR Kongo (Zaire), 2009	1
Jemen (Nordjemen), 2010	1
Jemen (Nordjemen), 2014	1
Kamerun, 2019	1
Libanon, 1989	1
Libanon, 1990	1
Niger, 2015	1
Pakistan, 2017	1
Pakistan, 2018	1
Philippinen, 2017	1
Ruanda, 1990	1
Somalia, 2010	1
Somalia, 2020	1
Tadschikistan, 1995	1
Afghanistan, 2016	2
Kongo, 1997	2
Kongo, 1999	2
Sierra Leone, 1993	2
Sierra Leone, 1994	2
Sierra Leone, 1995	2
Syrien, 2017	2
Tadschikistan, 1993	2
Tadschikistan, 1994	2
DR Kongo (Zaire), 2018	3
Irak, 2020	3
DR Kongo (Zaire), 2013	4
DR Kongo (Zaire), 2021	4
Niger, 2021	4
Somalia, 2017	9
USA, 2010	9
Afghanistan, 2008	37
Afghanistan, 2006	38
Zentralafrikanische Republik, 2020	39
Zentralafrikanische Republik, 2014	40
Mali, 2017	53
Mali, 2015	54

*Anmerkung.* Eigene Darstellung nach Davies et al. (2022)

Mit 25 jährlichen kampfbedingten Todesfällen sind die Konfliktjahre in Äthiopien (2010, 2014, 2020), Dschibuti (1999) und Myanmar (1994) die am wenigsten tödlichen Auseinandersetzungen, während das Konfliktjahr 2016 bei der Auseinandersetzung zwischen

der afghanischen Regierung, die von den USA und Pakistan unterstützt wurde, und den Taliban die höchste Konfliktintensität aufweist. Hier traten 15.775 kampfbedingte Todesfälle auf. Im Mittel starben kampfbedingt pro Konfliktjahr 741 Menschen; der Median liegt bei 131. Auch diese Datenpunkte sind also klar linksschief verteilt, wie Abbildung 1 zeigt. Diesem Umstand wird in der Regressionsanalyse, wie angekündigt, durch Logarithmieren Rechnung getragen. Wie bereits bei der Anzahl der am Konflikt beteiligten externen Regierungen, entsprechen diese Daten fast exakt den Werten der Grundgesamtheit. Hier liegt der Mittelwert bei 837 und der Median bei 116 (Davies et al., 2022). Mit einer Standardabweichung von 2090 streut die Anzahl der kampfbedingten Todesfälle in der Stichprobe verhältnismäßig stark um den Mittelwert.

**Abbildung 1**  
Verteilung & Anzahl kampfbedingter Todesfälle gesamt



*Anmerkung.* Eigene Darstellung nach Davies et al. (2022)

Die deskriptiven Statistiken für alle Variablen sind in Tabelle 2 einsehbar. Aus Platzgründen wird nur kurz auf die wichtigsten Werte der restlichen Variablen eingegangen. Das GDP pro Kopf ist linksschief verteilt (Mittelwert = 3129,85; Median = 823,20) und streut stark (Standardabweichung = 7254,26), die Werte liegen zwischen 118,40 US-Dollar (Somalia,

1989) und 51.996,18 US-Dollar (USA, 2010). Der Gini Index folgt wie erwartet einer linearen Verteilungsfunktion, der Mittelwert liegt bei 40,27 und damit nah am Median (39,80). Der niedrigste Wert tritt mit 29,6 in Pakistan im Jahr 2018 auf, der höchste mit 58,7 in Kolumbien im Jahr 2001 und streut mit einer Standardabweichung von 7,34. Allerdings sind hier lediglich Werte für 61 der 120 Konfliktjahre verfügbar. Die dichotome Variable Demokratie zeigt, dass der Datensatz 33% Konfliktjahre in Demokratien enthält (Mittelwert = 0,33). Genauere Informationen zu Demokratiegrad der erfassten Länder liefert der recodierte Polity2 Wert von durchschnittlich 10,59 (Median = 10), der mit einer Standardabweichung von 6,09 streut. Ab einem Wert von einschließlich 16 wird ein Land als Demokratie angesehen. Die autokratischsten Systeme im Datensatz sind der Irak (1996) und Syrien (2017), die demokratischsten sind die USA (2010) und das Vereinigte Königreich (1989, 1991).

**Tabelle 2**  
*Erhobene Variablen – deskriptive Statistiken*

Deskriptive Statistiken (N=120)						
	Median	Mittelwert	SD	Minimum	Maximum	N
<b>Kampfbedingte Todesfälle</b>	131	741	2090	25	15.775	120
<b>Ext. Regierungen</b> <i>Anzahl</i>	0	2,76	9,63	0	54	120
<b>Ext. Regierungen</b> <i>Dichotom (0 = nein; 1 = ja)</i>	0	0,32	0,47	0	1	120
<b>GDP pro Kopf</b> <i>US-Dollar 2015</i>	823,20	3129,85	7254,26	118,4	51.996,18	120
<b>Log GDP pro Kopf</b> <i>US-Dollar 2015</i>	2,92	3,07	0,53	2,07	4,72	120
<b>Gini Index</b>	39,80	40,27	7,34	29,6	58,7	61
<b>Demokratie</b> <i>(0 = nein; 1 = ja)</i>	0	0,33	0,47	0	1	118
<b>Polity2 Wert</b> <i>recodiert (0-20)</i>	10	10,59	6,09	1	20	118

*Anmerkung.* Eigene Darstellung nach Davies et al. (2022), Marshall (2020), World Bank (2022a, 2022b, 2022c)

## 4.2. Geschätzte Modelle – Gegenüberstellung

Tabelle 3 stellt die sechs verschiedenen geschätzten Modelle gegenüber. Sie unterscheiden sich jeweils bezüglich der aufgenommenen Variablen, die teils unterschiedlich codiert dasselbe Konstrukt kontrollieren. So kann die Hypothese H1, „*Je mehr externe Regierungen in einen Bürgerkrieg eintreten, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf*“ getestet werden,

während gleichzeitig sichergestellt wird, dass keine Verzerrungen der Ergebnisse aufgrund der gewählten Operationalisierungen auftreten.

**Tabelle 3**  
*Ergebnisse der Analyse – Gegenüberstellung der Modelle*

<b>OLS-Regressionsanalyse</b>					
<b>Abhängige Variable: Log Kampfbedingte Todesfälle</b>					
	<b>M1</b>	<b>M2</b>	<b>M3</b>	<b>M4</b>	<b>M5</b>
<b>Ext. Regierungen</b> <i>Anzahl</i>	0,114*** (0,037)	0,003 (0,006)			
<b>Log Ext. Regierungen</b> <i>Log (Anzahl + 1)</i>			0,340** (0,148)	0,960*** (0,274)	0,358** (0,142)
<b>Log GDP pro Kopf</b> <i>US-Dollar 2015</i>	-0,128 (0,149)	-0,149 (0,137)	-0,130 (0,134)	-0,107 (0,146)	-0,010 (0,124)
<b>Gini Index</b>	0,009 (0,009)			0,010 (0,009)	
<b>Demokratie</b> <i>(0 = nein; 1 = ja)</i>	0,073 (0,148)	-0,166 (0,152)	-0,140 (0,149)	0,083 (0,145)	
<b>Polity2 Wert</b> <i>recodiert (0-20)</i>					-0,033*** (0,011)
<b>Konstante</b>	2,046*** (0,510)	2,679*** (0,357)	2,620*** (0,395)	1,921*** (0,502)	2,554*** (0,351)
<b>N</b>	61	118	118	61	118
<b>R<sup>2</sup></b>	0,156	0,05	0,09	0,190	0,155
<b>F</b>	2,591**	1,987	3,734**	3,281**	6,990***

Alle Regressionen enthalten eine Konstante. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*, \*\*, \* kennzeichnen Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau. Es wurden zweiseitige Signifikanztest durchgeführt.

*Anmerkung.* Eigene Darstellung nach Davies et al. (2022); Marshall (2020); World Bank (2022a, 2022b, 2022c)

Alle Modelle sind, mit Ausnahme von M2, statistisch mindestens auf dem 5%-Niveau signifikant – M5 sogar auf 1%-Niveau. Das Modell mit dem höchsten R<sup>2</sup> (0,190) M4 erklärt circa 20% der gesamten Varianz der Zahl kampfbedingter Todesfälle. M2 ist dagegen mit einem R<sup>2</sup> von 0,05 das am wenigsten aussagekräftige Modell und statistisch nicht signifikant. Durch die Kontrolle des Regime Typs beziehungsweise des Polity2 Werts in allen Modellen, werden die beiden Konfliktjahre 1989 und 1999 im Libanon in keinem Modell aufgenommen, sodass die maximale Fallzahl 118 beträgt.



### 4.3. Einfluss externer Regierungen auf Konfliktintensität

Die Hypothese H1 „Je mehr externe Regierungen in einen Bürgerkrieg eintreten, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf“ wird durch die Ergebnisse der Regressionsanalyse bestätigt. Die Anzahl externer intervenierender Regierungen hat einen auf 5%- beziehungsweise 1%-Niveau statistisch signifikanten, positiven Einfluss auf die Zahl kampfbedingter Todesfälle. Alle geschätzten Modelle zeigen diesen erwarteten positiven Zusammenhang. Mit Ausnahme von M2 ist der Koeffizient der Variablen in jedem Modell statistisch signifikant beziehungsweise hochsignifikant.

Dadurch, dass die Zahl kampfbedingter Todesfälle logarithmiert wurde, müssen für die Interpretation der Werte zwei Faktoren beachtet werden. Ist *nur die abhängige Variable logarithmiert*, also die Zahl kampfbedingter Todesfälle, gilt folgendes: Erhöht man eine nicht logarithmierte unabhängige Variable *um eine Einheit*, so verändert sich ceteris paribus die Zahl kampfbedingter Todesfälle im Durchschnitt  $100 \cdot (e^{\beta_1} - 1)$  Prozent.<sup>3</sup> Man spricht von einem Log-linearen Modell (Benoit, 2011). Sind *sowohl die abhängige Variable, als auch die unabhängige Variable, logarithmiert*, gilt folgendes: Erhöht man die logarithmierte unabhängige Variable *um ein Prozent*, so verändert sich ceteris paribus die Zahl kampfbedingter Todesfälle, im Durchschnitt um  $\beta_2$  Prozent.<sup>4</sup> Dieses Modell wird auch als Log-Log-Modell bezeichnet (Benoit, 2011). Die geschätzten Modelle sollen nun einzeln betrachtet und die jeweiligen Werte interpretiert werden.

Modell 1 ist auf 5% Niveau statistisch signifikant und liefert eine Varianzaufklärung von knapp 16% ( $R^2 = 0,156$ ). Hier wird die Zahl der externen beteiligten Regierungen, das logarithmierte GDP pro Kopf, die Gini Index und die Dummy Variable Demokratie eingeschlossen. Aufgrund fehlender Werte für den Gini Index werden nur 61 Fälle, also knapp über 50% der Stichprobe mit in das Modell aufgenommen. Bei der Betrachtung der einzelnen Regressionskoeffizienten fällt auf, dass lediglich die Anzahl externer Regierungen signifikanten Einfluss auf die Anzahl kampfbedingter Todesfälle hat; von den Kontrollvariablen ist keine statistisch signifikant. Der statistisch hochsignifikante, stark positive Einfluss, externer Regierungen der in Modell 1 nachgewiesen wird, bestätigt die Hypothese der Arbeit. Je mehr externe Regierungen in einen Bürgerkrieg eintreten, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf. In diesem Modell steigt die Konfliktintensität, gemessen an der Zahl kampfbedingter Todesfälle, ceteris paribus um

---

<sup>3</sup>  $\beta_1$  steht für den Wert des nichtstandardisierten Regressionskoeffizienten von  $UV_1$

<sup>4</sup>  $\beta_2$  steht für den Wert des nichtstandardisierten Regressionskoeffizienten von  $UV_2$

12,08% mit jeder externen Regierung, die in den Konflikt eingreift. Um dieses Ergebnis greifbarer zu machen, wird exemplarisch die Auswirkung auf den Mittelwert der Kampfbedingten Todesfälle betrachtet (vgl. Kapitel 5.1.) – dieser liegt bei 741. Tritt in diesen durchschnittlichen Konflikt eine Regierung ein, so steigt die Zahl der Todesfälle auf knapp 900 pro Jahr; tritt eine weitere Regierung ein, auf knapp 1.100. Durch die fehlenden Werte der Variable Gini Index wurden automatisch einige Ausreißer bei der Anzahl externer Regierungen ausgeschlossen, weshalb die Variable in diesem Modell nicht logarithmiert werden musste. Die wirtschaftliche Stärke des Landes und gesellschaftliche Spaltung bilden zwar die theoretisch erwartete Einflussrichtung ab, die Ergebnisse könnten aber aufgrund mangelnder Signifikanz nicht als verallgemeinerbar angesehen werden. Zusätzlich fallen die Variablen durch große Standardfehler und damit geringerer Genauigkeit auf. Die wirtschaftliche Stärke des von Bürgerkrieg betroffenen Landes, abgebildet durch das GDP pro Kopf, hat einen negativen Einfluss auf die Konfliktintensität. Gesellschaftliche Spaltung im Sinne von wirtschaftlicher Ungleichheit, abgebildet durch den Gini Index, hat einen minimal positiven Einfluss auf die Konfliktintensität – je größer die gesellschaftliche Ungleichheit, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf. Der Einfluss des politischen Systems fällt diametral zur theoretischen Erwartung aus. In Modell 1 führt ein demokratisches System *ceteris paribus* zu 7,6% mehr kampfbedingten Todesfällen; der Koeffizient ist allerdings wie bereits festgestellt nicht signifikant.

Modell 2 gleicht Modell 1 in den aufgenommenen Variablen mit Ausnahme des Gini Index, der hier keinen Eingang findet. Dadurch erhöht sich die Fallzahl auf 118, was die Ausreißer bei der Zahl externer Regierungen wieder inkludiert. Das Modell liefert keinerlei statistisch signifikante Ergebnisse und kann lediglich 5% der Varianz erklären.

Modell 3 greift diesen Umstand auf, indem es statt der tatsächlichen Anzahl externer Regierungen auf die logarithmierte Anzahl zurückgreift. Es ist auf 5% Niveau statistisch signifikant und liefert eine Varianzaufklärung von 9% ( $R^2 = 0,09$ ). Auch M3 bestätigt die Hypothese der Arbeit. Erhöht sich die Anzahl externer Regierungen um ein Prozent, so verändert sich *ceteris paribus* die Zahl kampfbedingter Todesfälle, im Durchschnitt um 0,34%. Ändert sich die Zahl intervenierender Regierungen also von eins auf zwei, so sagt das Modell *ceteris paribus* 34% mehr kampfbedingte Todesfälle voraus. Wie in Modell 2 wird die wirtschaftliche Stärke des Landes und der Regimetyp kontrolliert. Auch hier liefern die Kontrollvariablen keine signifikanten Ergebnisse. Die Einflussrichtung der wirtschaftlichen

Stärke bleibt weiterhin negativ, während in diesem Modell demokratische Systeme *ceteris paribus* 13,1% weniger kampfbedingte Todesfälle verursachen als autokratische.

Modell 4 gleicht Modell 3, kontrolliert aber zusätzlich durch Gini Index den Einfluss gesellschaftlicher Spaltung, wodurch die Fallzahl wieder bei 61 liegt. Das Modell ist auf 5% Niveau statistisch signifikant und liefert eine Varianzaufklärung von knapp 20% ( $R^2 = 0,19$ ). Einzig die Zahl externer Regierungen ist statistisch signifikant – hier sogar auf 1%-Niveau. In diesem Modell verändert sich *ceteris paribus* die Zahl kampfbedingter Todesfälle, im Durchschnitt um 0,96%, wenn sich die Anzahl externer Regierungen um ein Prozent erhöht. Ändert sich also hier die Zahl intervenierender Regierungen wieder von eins auf zwei, so sagt dieses Modell *ceteris paribus* knapp doppelt so viele kampfbedingte Todesfälle voraus. Wie in allen vorigen Modellen haben die Kontrollvariablen keinen signifikanten Einfluss; die Einflussrichtung des Regimetyps ändert sich erneut; demokratische Systeme haben wieder einen positiven Einfluss auf die Konfliktintensität.

Modell 5 bestätigt H1 erneut. Das Modell ist als einziges auf einem 1% Niveau statistisch signifikant und liefert eine Varianzaufklärung von 16% ( $R^2 = 0,155$ ). Auch hier werden wirtschaftliche Stärke und Regimetyp kontrolliert, allerdings wird die Dummy Variable Demokratie durch den recodierten Polity2 Wert ersetzt. Dieser Schritt führt dazu, dass neben der Anzahl externer Regierungen nun auch eine Kontrollvariable einen statistisch signifikanten Einfluss hat. Steigt der Polity2 Wert um eine Einheit, so verringert sich *ceteris paribus* die Zahl kampfbedingter Todesfälle um 3,3%. Je demokratischer also ein System ist, desto weniger kampfbedingte Todesfälle treten auf. Der Einfluss externer Regierungen bleibt stark positiv und statistisch signifikant.

Nachdem das Forschungsinteresse der Arbeit nicht auf einem Modell zu Erklärung aller Einflussfaktoren auf Konfliktintensität von Bürgerkriegen liegt, sondern auf dem einzelnen Faktor externer Regierungen, stellt das vergleichsweise geringe  $R^2$  der einzelnen Modelle kein Problem dar. Relevant ist die statistische Kontrolle anderer Einflussfaktoren bei der Überprüfung des Einflusses externer Regierungen. Für zukünftige Forschung kann die Aufnahme von der Art der Kriegsführung (Balcells & Kalyvas, 2010, 2014) sinnvoll sein, die aus Ressourcen Gründen hier keinen Eingang gefunden hat. Interaktionseffekte zwischen der Art der Kriegsführung und der Anzahl externer Regierungen müssen dabei entsprechend modelliert werden.

All diese Modelle bestätigen die Hypothese der Arbeit. Je mehr externe Regierungen in einen Bürgerkrieg eintreten, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf. Die Forschungsfrage nach der Rolle der militärischen Teilnahme externer Regierungen für die Konfliktintensität kann somit im folgenden Kapitel eingeordnet werden. Die in der Literatur diskutierten Einflussfaktoren zur wirtschaftlichen Stärke von Ländern (z.B. Chaudoin et al., 2017; Collier & Hoeffler, 2004), gesellschaftlicher Spaltung (z.B. Lacina, 2006; Lu & Thies, 2011) und dem Regimetyp (z.B. Heger & Salehyan, 2007; Lacina, 2006) liefern in dieser Untersuchung keine aussagekräftigen Ergebnisse zur Konfliktintensität.

## 5. Diskussion

Die Ergebnisse der Analyse erweitern die Literatur zur Konfliktintensität von Bürgerkriegen. Die Arbeit leistet damit einen entscheidenden Beitrag zum besseren Verständnis von innerstaatlichen Konflikten und den Auswirkungen von Interventionen auf den Schweregrad der Auseinandersetzungen. Es konnte aufgezeigt werden, dass die steigende Anzahl intervenierender Regierungen zu mehr kampfbedingten Todesfällen führt – die theoretischen Erwartungen wurden erfüllt.

In diesem Kapitel werden nun zwei Fragen diskutiert. Wieso lassen externe intervenierende Akteure die Konfliktintensität derartig ansteigen und warum erlauben die gängigen Faktoren nur wenig bis keine Aussagen über die Konfliktintensität? Der starke Einfluss externer Regierungen wird dafür aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Dazu wird ein Rückbezug auf die Vetospieler Theorie (Cunningham, 2006; Tsebelis, 2011) hergestellt. Danach werden auf Grundlage des neorealistischen Fundaments der Arbeit weitere mögliche Erklärungen aufgezeigt. Außerdem nimmt das Kapitel einen praxisnahen Blickwinkel ein, der die zur Verfügung stehenden Waffensysteme berücksichtigt. Im Anschluss folgt eine kurze Diskussion, wieso wirtschaftliche Stärke, gesellschaftliche Spaltung und Regimetyp in der Analyse keinen erkennbaren Einfluss auf die Zahl kampfbedingter Todesfälle haben.

Zur Einordnung der Ergebnisse ist zuerst der Rückbezug auf Kapitel 2.2. sinnvoll. Die vorgestellten Grundannahmen Mearsheimers (2001) besagen unter anderem, dass das oberste Ziel jeden Akteurs das Überleben im anarchischen System darstellt, sich die Akteure gegenseitig fürchten und nicht vertrauen. Dieses unter allen Umständen oberste Ziel des Überlebens kann nur durch relative Machtmaximierung gesichert werden. Das muss sowohl für die beiden Konfliktparteien als auch für sämtliche unterstützende Regierungen gelten. Keine externe Regierung würde sich nach neorealistischer Logik an einem Konflikt beteiligen, wenn damit nicht der eigene relative Machtzuwachs in Verbindung stehen würde. Durch den relativen Charakter dieses Machtzuwachs kann es keine zwei Akteure mit deckungsgleichen Interessen geben; unabhängig davon, ob diese als Verbündete auftreten oder nicht. Das eigene Interesse wird niemals untergeordnet. Externe Regierungen müssen als eigene Einheit verstanden werden, die mit Konflikteintritt nicht lediglich einer Konfliktpartei mehr Truppen und Kriegsmaterial zur Verfügung stellen. Sie agieren durchgehend mit dem Ziel der Machtmaximierung zur Steigerung der eigenen Sicherheit (Mearsheimer, 2001). Dabei verfolgen sie immer eine eigene Agenda, die sich von den Zielen der ursprünglichen

Konfliktparteien unterscheidet – eine deutliche Abweichung von Cunninghams (2010) Sichtweise. Externe Regierungen dürfen nicht als bloße Unterstützer einer Konfliktpartei gesehen werden. Es kann zwar dazu kommen, dass über einen längeren Zeitraum dieselben Ziele verfolgt werden; dieser Umstand darf aber nicht als zwingend stabil und unveränderbar ausgelegt werden. Wie Regan (2010, S. 470) feststellt: „[T]he goals of the intervener may differ from those of the targeted state or rebel group, and goals may change over time”.

Zur diplomatischen Änderung des Status-Quo eines Bürgerkriegs durch einen Friedensvertrag müssen alle Veto-Spieler zustimmen. Das Win-Set zur Status-Quo Änderung wird potentiell immer kleiner, je größer die Zahl zustimmungspflichtiger Akteure ist (Tsebelis, 1995, 2011). Die Beilegung durch einen Verhandlungsfrieden wird unwahrscheinlicher, je mehr Akteure mit eigenen Präferenzen und der Motivation zum militärischen Sieg am Konflikt beteiligt sind (Cunningham, 2006, 2010). Als rationaler Akteur wird die geringer werdende Chance zur friedlichen Konfliktbeilegung wahrgenommen, wodurch die Motivation zur Herbeiführung eines militärischen Sieges gesteigert wird. Jeder zusätzliche Akteur, der in einen Bürgerkrieg eintritt, würde so den Schweregrad durch sein Engagement potentiell erhöhen, da die Motivation den militärischen Sieg herbeizuführen bei allen Akteuren gesteigert wird.

Ein militärischer Sieg in Bürgerkriegen stellt ferner den größtmöglichen Machtzuwachs und damit die höchste Steigerung der eigenen Sicherheit – und somit der Wahrscheinlichkeit zu überleben (Mearsheimer, 2001) – für die beteiligten Akteure dar. Die Ordnung des Staates kann so nach Konfliktende ohne Zugeständnisse an die besiegte Konfliktpartei diktiert werden. Externe Regierungen haben nach dieser Logik nur ein nachgeordnetes Interesse daran, Konfliktintensität in Form hoher Zahlen kampfbedingter Todesfälle zu mindern, wenn diese zu einem schnelleren Konfliktende (Balch-Lindsay et al., 2008) und damit zu einem militärischen Sieg führen kann. „States can and do pursue other goals, of course, but security is their most important objective“ (Mearsheimer, 2001, S. 31). Eine Erklärung, die sich in die realistische Schule einreihet und der idealistischen Sichtweise des gerechten Krieges widerspricht (Fixdal & Smith, 1998). Externe Staaten intervenieren also in Bürgerkriege um einen militärischen Sieg zu erringen, um damit die eigene sicherheitspolitische Position zu verbessern. Konfliktdeeskalation stellt nach dieser Logik maximal ein nachgeordnetes Ziel dar. Sofern durch die Deeskalation kein höherer Machtzuwachs zu erwarten ist, als durch einen militärischen Sieg, sollte diese nicht das primäre Ziel der intervenierenden Staaten darstellen. Das Herbeiführen des Sieges kann dagegen sogar häufig mit der Intensivierung des Konflikts verbunden sein, wie die Ergebnisse der durchgeführten Analyse aufgezeigt haben. Das soll

nicht heißen, dass das Ziel der intervenierenden Staaten die Erhöhung der Konfliktintensität darstellt, aber diese Erhöhung scheint Mittel zum Zweck des militärischen Sieges zu sein.

Das grundlegende Interesse intervenierender Regierungen, einen Konflikt militärisch zu entscheiden, sollte zusätzlich höher sein als bei den beiden ursprünglichen Konfliktparteien. Das Argument beruht auf der Annahme, dass externe Akteure weniger Rücksicht auf Eskalationsstufen des Konflikts nehmen müssen, da sich die Kämpfe nicht auf dem eigenen Staatsgebiet zutragen (Cunningham, 2010). Steigende Konfliktintensität berührt diese Regierungen nur im kurzfristigen Kontext möglicher höherer Verluste in den Reihen der eigenen Streitkräfte, nicht aber mit Blick auf getötete Zivilisten oder zerstörte Infrastruktur. Die Beilegung des Konflikts durch einen Friedensvertrag sollte deshalb bei den ursprünglichen Kontrahenten größer sein. Deren relative Machtfaktoren (Mearsheimer, 2001) wie zum Beispiel Bevölkerungszahl, wirtschaftliche Leistung und Größe sowie Zustand der Streitkräfte, werden durch den Konflikt auf eigenem Gebiet stark bedroht. Gleichzeitig tangieren diese Faktoren intervenierende Akteure nur mit Blick auf die eigenen Streitkräfte – auch hier deutlich weniger, da nicht die gesamten Streitkräfte potentiell in den Konflikt involviert sind, wie bei den beiden ursprünglichen Konfliktparteien. Im schlimmsten Fall droht diesen nämlich die komplette Vernichtung, sodass das Ziel des Überlebens eher mit einem Friedensvertrag oder langanhaltendem Konflikt von niedriger Intensität erreicht werden kann als durch die militärisch sehr intensive Auslöschung des Gegners. Zusammengefasst: Die Gefahr des relativen Machtverlusts auf dem Weg zum militärischen Sieg ist für externe Regierungen deutlich geringer, weshalb sie intensivere militärische Auseinandersetzungen leichter tragen können. Diese Annahme wird empirisch von Balch-Lindsay et al. (2008) gestützt, die nachweisen, dass Interventionen zum schnelleren militärischen Sieg der unterstützenden Partei führen. Wie die Analyse dieser Arbeit jedoch zeigt, ist dieser militärische Sieg mit stark steigender Konfliktintensität verknüpft.

Die Verfügbarkeit von schweren Waffensystemen könnte ebenfalls ein Faktor zur Erklärung der steigenden Konfliktintensität mit Teilnahme externer Regierungen sein. Die Schlussfolgerung, dass Akteure von komplexeren Waffensystemen Gebrauch machen, wenn ihnen diese zur Verfügung stehen, deckt sich mit der Motivation den Konflikt militärisch zu entscheiden. Balcells & Kalyvas (2014) zeigen auf, dass konventionelle Bürgerkriege, also solche, in denen beiden Seiten schwere Waffen wie Kampfpanzer, Artillerie oder Kampfflugzeuge zur Verfügung stehen, am meisten kampfbedingte Todesfälle verursachen. Irreguläre Auseinandersetzungen, in denen lediglich die Regierung auf schwere Waffensysteme

zurückgreifen kann, fordern die zweitmeisten Todesfälle. Symmetrisch nicht-konventionelle Bürgerkriege, in denen niemandem schwere Waffen zur Verfügung stehen, fallen am wenigsten tödlich aus (Balcells & Kalyvas, 2014). Die Schlussfolgerung, dass externe Akteure mit der Intervention gleichzeitig die Art der Kriegsführung zumindest von symmetrisch nicht-konventionellen auf irreguläres Niveau anheben, ist vor Hintergrund der Ergebnisse schlüssig; eine empirische Überprüfung steht allerdings zum Zeitpunkt des Verfassens der Arbeit aus. Die einfache Kausalkette, dass eine höhere Anzahl von Soldaten und komplexeren Waffensystemen zu intensiveren Kämpfen und damit mehr Todesfällen führt, würde dieses Argument jedoch rein logisch stützen.

Ein Dilemma stellen die finanziellen Kosten des Krieges und die Strategie, diese so niedrig wie möglich zu halten, dar. Je länger ein Krieg beziehungsweise eine Intervention andauert, desto mehr steigen die finanziellen Kosten für die beteiligten Akteure (z.B. Blattman & Miguel, 2010). Aus der Sicht der intervenierenden Regierung sollte der militärische Sieg eigentlich möglichst zeitnah herbeigeführt werden, was unter anderem durch eine Intensivierung des Konflikts möglich ist, um die eigenen Kosten gering zu halten. Wie aufgezeigt ist das auch empirisch nachweisbar (Balch-Lindsay et al., 2008). Simultan legt aber beispielsweise Cunningham (2010) dar, dass intervenierende Staaten geringere Kosten zu tragen haben als die internen Akteure. Externe Teilnehmer können nämlich zusätzlich lokale Ressourcen plündern (Buhaug et al., 2002; Collier & Hoeffler, 2004; Lujala 2009), was Konflikte eher verlängern würde. Zusätzlich fallen die wirtschaftlichen Kosten für die von Bürgerkriegen betroffenen Staaten deutlich höher aus, als für die intervenierenden Regierungen, wie Costalli et al. (2017) feststellen. Das GDP pro Kopf sinkt in diesen Staaten durchschnittlich um knapp 20 Prozent pro Jahr (Costalli et al., 2017). Je länger Bürgerkriege andauern, desto stärker nimmt die finanzielle Unterstützung ab (Collier, 2003), was nochmals zur schnelleren Beilegung motivieren würde. Intervenierende Regierungen sollten also aus Kostengründen ein geringeres Interesse an einem schnellen militärischen Sieg, herbeigeführt durch eine Intensivierung der Auseinandersetzung, haben, während es für die ursprünglichen Konfliktparteien eher attraktiv sein sollte, den Bürgerkrieg möglichst schnell zu Ende zu führen. Diese Schlussfolgerungen widersprechen den erhobenen Daten und aufgeführten Argumenten zur Strategie der Intensivierung und schnellen Beendigung und sollten in weiterführender Forschung detaillierter untersucht werden.

Wieso aber haben die erfassten Kontrollvariablen so wenig Einfluss auf die Konfliktintensität und unterscheiden sich damit von den breitrezipierten vorhergegangenen Analysen? Erklären lässt



sich dieser Umstand zumindest teilweise durch die gewählten Operationalisierungen und die verwendeten Daten.

So zeigte die Analyse, dass sich die dichotome Operationalisierung von Demokratie (Lacina, 2006) problematisch gestaltet. Obwohl Lacina (2006) in ihrer Studie Demokratie als einen der wenigen relevanten Faktoren identifiziert, kann durch diese grobe Unterscheidung im aktuelleren Datensatz kein klarer Einfluss mehr nachgewiesen werden. Dieser Umstand schlägt genau in die Kerbe der Diskussion zur Messung von Demokratie. Die Ergebnisse der Analyse sprechen dafür, dass Bollen & Jackman (1989, S. 618) mit ihrem Standpunkt „democracy is always a matter of degree“ richtig liegen. Statt der dichotomen Unterscheidung ist eine „graded perspective“ (Adcock & Collier, 2001, S. 538) bei der Untersuchung des Einflusses sinnvoller. Prägnante Aussagen wie „[...] less severe conflicts will occur in democracies“ (Lacina, 2006, S. 283) sollten besser den tatsächlichen Demokratiegrad berücksichtigen, um empirisch haltbar zu sein. Die vorgestellten Modelle untermauern diese Schlussfolgerung; der Demokratiegrad liefert signifikante Ergebnisse, die dichotome Unterscheidung nicht.

Die Daten zum Einfluss der wirtschaftlichen Stärke auf die Konfliktintensität reihen sich in die teils gemischten Ergebnisse vorhergegangener Analysen ein. So finden einige Forscher eine klare Beziehung (Balcells & Kalyvas, 2014; Besancon, 2005), während andere keine signifikanten Einflüsse nachweisen können (Lacina, 2006; Lu & Thies, 2011). Eine mögliche Erklärung für den fehlenden Zusammenhang ist, dass der Datensatz fast ausschließlich wirtschaftlich schwache Länder inkludiert, bei denen die Unterschiede nicht maßgeblich auffallen. Möglicherweise sind auch andere Faktoren, wie zum Beispiel die Größe des Militärs, besser geeignet, staatliche Kapazitäten abzuprüfen, wobei dann die Opportunitätskosten nicht mehr mit abgedeckt wären. Balcells & Kalyvas (2014) nehmen die Größe des Militärs zusätzlich in ihre Analysen auf, was für künftige Forschung empfehlenswert scheint.

Der nicht nachweisbare Einfluss gesellschaftlicher Spaltung kann durch die schlechte Datenlage erklärt werden. Für knapp die Hälfte der untersuchten Konfliktjahre war kein Gini Index verfügbar, wodurch die tatsächliche Beziehung dieses Faktors möglicherweise nicht angemessen dargestellt werden konnte. Lu & Thies (2011) können im Gegensatz dazu einen statistisch signifikanten Zusammenhang nachweisen, greifen aber auf ein deutlich aufwendigeres Erhebungsverfahren zurück.

## 6. Zusammenfassung & Fazit

Im Rahmen dieser Arbeit konnte damit begonnen werden die Forschungslücke zur Rolle der militärischen Teilnahme externer Regierungen für die Konfliktintensität von Bürgerkriegen zu schließen. Hierfür wurde die Hypothese *„Je mehr externe Regierungen in einen Bürgerkrieg eintreten, desto mehr kampfbedingte Todesfälle treten auf“* mittels multivariater OLS-Regressionsanalyse getestet. Dazu wurde ein randomisiertes Sample von 120 Konfliktjahren aus den Jahren 1989 bis 2021 aus der Datenbank des UCDP (Davies et al., 2022) gezogen und mit Daten der Weltbank (2022a, 2022b, 2022c) sowie Polity5 (Marshall, 2020) ergänzt.

Die Ergebnisse der Analyse bestätigten die Hypothese – in den geschätzten Modellen war ein hochsignifikanter, stark positiver Einfluss der Zahl externer intervenierender Regierungen auf die Konfliktintensität nachweisbar. Die Modelle sagten für jede zusätzliche externe Regierung, die in den Bürgerkrieg intervenierte, eine steigende Zahl kampfbedingter Todesfälle voraus. Um Scheinkorrelation auszuschließen, wurden die in der Literatur gängigen alternativen Faktoren zu Erklärung von Konfliktintensität in innerstaatlichen Konflikten kontrolliert. Weder die wirtschaftliche Stärke der betroffenen Staaten noch gesellschaftliche Spaltung noch der Regimetytpe lieferten hierbei statistisch signifikante Ergebnisse oder zeigten einen starken Einfluss. Einzig die Kontrolle des exakten Demokratie-Grads, gemessen durch den Polity2-Wert, hatte ebenfalls signifikanten Einfluss auf den Schweregrad der Konflikte. Durch die Ergebnisse konnte die Forschungslücke zum Einfluss der Teilnahme externer Regierungen an Bürgerkriegen auf die Konfliktintensität ein Stück weit geschlossen werden. Es wurde aufgezeigt, dass das Vernachlässigen dieses Faktors durch die gängigen Erklärungen eine erhebliche Forschungslücke in Theorie und Empirie verursacht hat.

Selbstredend war die Forschung auch verschiedenen Restriktionen unterworfen, die ressourcen- und methodenbedingt waren. Wie bereits mehrfach dargelegt war die Kontrolle der Art der Kriegsführung (Balcells & Kalyvas, 2010, 2014) und der Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen (Lujala et al., 2007; Lujala, 2009) für die einzelnen Konfliktjahre aufgrund des großen Erhebungsaufwands nicht möglich. Es ist allerdings zeitnah mit einer aktualisierten Version der Daten durch Kalyvas zu rechnen, sodass zukünftige Forschung zumindest einen der beiden Einflussfaktoren angemessen berücksichtigen kann. Auch die gewählten Operationalisierungen sollten kritisch betrachtet werden, wenngleich diese transparent und differenziert reflektiert wurden. So kommt die Arbeit beispielsweise zu dem Schluss, dass ein demokratisches System keinen Einfluss auf die Konfliktintensität hat, wenn die restlichen

Einflussfaktoren mathematisch kontrolliert werden. Das kann sowohl am gewählten Index zur Demokratiemessung, als auch am festgelegten Cut-Off-Kriterium liegen, wie in Kapitel 6. erläutert. Zuletzt hätte die Analyse von einem Mixed-Method-Design profitieren können, das eine detailliertere Einordnung der einzelnen Konfliktjahre mithilfe zusätzlicher qualitativer Methoden wie Experteninterviews zulässt (Balcells & Kalyvas, 2014). Die vorliegende Untersuchung behandelt die Rolle der direkten militärischen Unterstützung von Konfliktparteien. Die Auswirkungen von indirekter Unterstützung durch rein finanzielle Mittel, Kriegsgerät oder geheimdienstliche Informationen würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, obgleich sie sich hochinteressant gestalten könnten. Mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen hat die Analyse gleichwohl einen geeigneten Mittelweg gefunden, der eine sinnvolle und nachvollziehbare Beantwortung der Forschungsfrage zulässt.

Weiterer Forschungsbedarf ergibt sich aus den vorgestellten Restriktionen. Die Untersuchung des Einflusses externer intervenierender Regierungen auf die Konfliktintensität unter Berücksichtigung der nicht aufgenommenen Einflussfaktoren durch ein Mixed-Method-Design und aktualisierte Datensätze wäre der nächste Schritt zur weiteren Schließung der behandelten Forschungslücke.

Die Arbeit bereitet den Weg für ein tieferes Verständnis von innerstaatlichen Konflikten und den Auswirkungen von Interventionen auf den Schweregrad von Bürgerkriegen. Sie versteht sich als Ausgangspunkt für zukünftige Analysen.

## Literaturverzeichnis

- Adcock, R., & Collier, D.** (2001). Measurement validity: A shared standard for qualitative and quantitative research. *American political science review*, 95(3), 529-546.
- Aliyev, H.** (2020). Why are some civil wars more lethal than others? The effect of pro-regime proxies on conflict lethality. *Political Studies*, 68(3), 749-767.
- Balch-Lindsay, D., Enterline, A. J., & Joyce, K. A.** (2008). Third-party intervention and the civil war process. *Journal of Peace Research*, 45(3), 345-363.
- Balcells, L. & Kalyvas, S. N.** (2010). International system and technologies of rebellion: How the end of the Cold War shaped internal conflict. *American Political Science Review*, 104(3), 415-429.
- Balcells, L., & Kalyvas, S. N.** (2014). Does warfare matter? Severity, duration, and outcomes of civil wars. *Journal of Conflict Resolution*, 58(8), 1390-1418.
- Bellégo, C., Benatia, D., & Pape, L.** (2022). Dealing with logs and zeros in regression models. arXiv preprint arXiv:2203.11820.
- Benoit, K.** (2011). Linear regression models with logarithmic transformations. *London School of Economics*, London, 22(1), 23-36.
- Besançon, M. L.** (2005). Relative resources: Inequality in ethnic wars, revolutions, and genocides. *Journal of peace research*, 42(4), 393-415.
- Blattman, C., & Miguel, E.** (2010). Civil war. *Journal of Economic literature*, 48(1), 3-57.
- Bollen, K. A., & Jackman, R. W.** (1989). Democracy, stability, and dichotomies. *American Sociological Review*, 612-621.
- Buhaug, H., Gates, S., & Lujala, P.** (2002, November). Lootable natural resources and the duration of armed civil conflict, 1946-2001. In *36th annual Peace Science Society (International) meeting*, November (Vol. 1, No. 3).
- Buhaug, H., & Lujala, P.** (2005). Accounting for scale: Measuring geography in quantitative studies of civil war. *Political Geography*, 24(4), 399-418.
- Bull, H.** (2012). *The anarchical society: a study of order in world politics*. Bloomsbury Publishing.
- Bundeswehr.** (2022). Wie lauten die Einsatzzahlen? <https://www.bundeswehr.de/de/wie-lauten-die-einsatzzahlen--93752>.

- Burton, J.** (1987, June). The International Conflict Resolution Priorities. *In Forum Peace Institute Reporter*, June (pp. 5-12).
- Chaudoin, S.,** Peskowitz, Z., & Stanton, C. (2017). Beyond zeroes and ones: The intensity and dynamics of civil conflict. *Journal of Conflict Resolution*, 61(1), 56-83.
- Collier, P.** (2003). Breaking the conflict trap: Civil war and development policy. *World Bank Publications*.
- Collier, P.,** & Hoeffler, A. (2004). Greed and grievance in civil war. *Oxford economic papers*, 56(4), 563-595.
- Costalli, S.,** Moretti, L., & Pischedda, C. (2017). The economic costs of civil war: Synthetic counterfactual evidence and the effects of ethnic fractionalization. *Journal of Peace Research*, 54(1), 80-98.
- Cunningham, D. E.** (2006). Veto players and civil war duration. *American Journal of Political Science*, 50(4), 875-892.
- Cunningham, D. E.** (2010). Blocking resolution: How external states can prolong civil wars. *Journal of Peace Research*, 47(2), 115-127.
- Davies, S.,** Pettersson, T., & Öberg, M. (2022). Organized violence 1989–2021 and drone warfare. *Journal of Peace Research*, 59(4), 593-610.
- DMDC.** (2021). Military and Civilian Personnel by Service/Agency by State/Country. <https://dwp.dmdc.osd.mil/dwp/app/dod-data-reports/workforce-reports>.
- Eck, K.** (2009). From armed conflict to war: Ethnic mobilization and conflict intensification. *International Studies Quarterly*, 53(2), 369-388.
- Fixdal, M.,** & Smith, D. (1998). Humanitarian intervention and just war. *Mershon international studies review*, 42(Supplement\_2), 283-312.
- Ganghof, S.** (2003). Promises and pitfalls of veto player analysis. *Swiss Political Science Review*, 9(2), 1-25.
- Heger, L.,** & Salehyan, I. (2007). Ruthless rulers: Coalition size and the severity of civil conflict. *International Studies Quarterly*, 51(2), 385-403.
- Hegre, H.** (2014). Democracy and armed conflict. *Journal of Peace Research*, 51(2), 159-172.

- Lacina, B., & Gleditsch, N. P.** (2005). Monitoring trends in global combat: A new dataset of battle deaths. *European Journal of Population/Revue Européenne de Démographie*, 21(2), 145-166.
- Lacina, B.** (2006). Explaining the severity of civil wars. *Journal of Conflict Resolution*, 50(2), 276-289.
- Lacina, B., Gleditsch, N. P., & Russett, B.** (2006). The declining risk of death in battle. *International Studies Quarterly*, 50(3), 673-680.
- Lu, L., & Thies, C. G.** (2011). Economic grievance and the severity of civil war. *Civil Wars*, 13(3), 215-231.
- Lujala, P., Ketil Rod, J., & Thieme, N.** (2007). Fighting over oil: Introducing a new dataset. *Conflict Management and Peace Science*, 24(3), 239-256.
- Lujala, P.** (2009). Deadly combat over natural resources: Gems, petroleum, drugs, and the severity of armed civil conflict. *Journal of Conflict Resolution*, 53(1), 50-71.
- Marshall, M. G., & Gurr, T. R.** (2020). POLITY5: Dataset users' manual. *Center for Systemic Peace*.
- Marshall, M. G.** (2020). Polity5 dataset version 2018. *Center for Systemic Peace*. <http://www.systemicpeace.org/inscr/p5v2018.xls>.
- Mason, T. D., & Fett, P. J.** (1996). How civil wars end: A rational choice approach. *Journal of conflict resolution*, 40(4), 546-568.
- Mearsheimer, J. J., & Alterman, G.** (2001). *The tragedy of great power politics*. WW Norton & Company.
- Pettersson, T.** (2022). UCDP Battle-related Deaths Dataset Codebook Version 22.1. <https://ucdp.uu.se/downloads/>.
- Pettersson, T., Davies, S., Deniz, A., Engström, G., Hawach, N., Höglbladh, S., & Öberg, M. S. M.** (2021). Organized violence 1989–2020, with a special emphasis on Syria. *Journal of Peace Research*, 58(4), 809-825.
- Regan, P. M.** (2010). Interventions into civil wars: A retrospective survey with prospective ideas. *Civil Wars*, 12(4), 456-476.
- Sarkees, M. R., & Schafer, P.** (2000). The correlates of war data on war: An update to 1997. *Conflict Management and Peace Science*, 18(1), 123-144.

- Tsebelis, G.** (1995). Decision making in political systems: Veto players in presidentialism, parliamentarism, multicameralism and multipartyism. *British journal of political science*, 25(3), 289-325.
- Tsebelis, G.** (2011). Veto players. Princeton University Press.
- UN,** (2005), 2005 World Summit Outcome, 60/1, General Assembly. [https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A\\_RES\\_60\\_1.pdf](https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_RES_60_1.pdf)
- Wagner, R. H.** (1993). The causes of peace. Stopping the killing: How civil wars end, 235-268.
- Walter, B. F.** (1997). The critical barrier to civil war settlement. *International organization*, 51(3), 335-364.
- Waltz, K.** (1979). N.(1979) Theory of International Politics. Reading, Mass.
- World Bank,** (2022a). GDP per capita (constant 2015 US\$). <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.KD>
- World Bank,** (2022b). GDP per capita (current US\$). <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD>
- World Bank,** (2022c). Gini Index. <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI>